



Europäische
Kommission

PANORAMA

Schwerpunkt: Europäische Regionalpolitik und Stadtentwicklung

SOMMER 2020 / Nr. 73

**Emilia-Romagna
Auf dem
Weg in eine
intelligentere
Zukunft**

DER KAMPF
GEGEN COVID-19



DIE ROLLE
VON INTERREG
IM GRÜNEN
DEAL DER EU



Regionalpolitik
und Stadt-
entwicklung

PANORAMA

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL: Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen.....	3
DIE KOHÄSIONSPOLITIK IM KAMPF GEGEN COVID-19: Außergewöhnliche Maßnahmen zum Schutz von Leben und Lebensgrundlagen in der EU.....	4
EU-FONDS HELFEN UNTERNEHMEN DURCH DIE CORONAVIRUS-PANDEMIE: Finanzinstrumente und Initiativen für den steigenden Bedarf	14
DATENPUNKT: Die Prioritäten der Kohäsionspolitik für Investitionen in Gesundheit und Wohlergehen in den Regionen	16
INTERREG, NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND DER EUROPÄISCHE GRÜNE DEAL: Der gemeinsame Einsatz gegen heutige Herausforderungen wie den Klimawandel	18
DIE EU-STRATEGIE FÜR DEN ADRIATISCH-IONISCHEN RAUM HEI T NORDMAZEDONIEN WILLKOMMEN: Stärkung von regionaler Zusammenarbeit und Dialog	24
EMILIA-ROMAGNA: Optimale Nutzung der EU-Fonds und ihrer Stärken zur Förderung einer innovativen und intelligenten Umwelt für zukünftige Generationen	26
HINTER JEDEM BILD EINE GESCHICHTE: Auswahl von siegreichen Beiträgen des #EUinmyregion-Postkartenwettbewerbs	36
#EUREGIONSWEEK: AUS EINS MACH DREI: Mehr Zeit, sowohl virtuell als auch physisch, für die Leitveranstaltung der GD REGIO	38
MIT EIGENEN WORTEN: Städte spielen eine wichtige Rolle in der sozialen und wirtschaftlichen Erholung der EU	39
PRÜFGEMEINSCHAFT BIETET QUALITÄTSSICHERUNG FÜR DIE ESI-FONDS: Prüfer von Kommission und Mitgliedstaaten teilen sich die Zuständigkeiten für die Fondsverwaltung	40
KARTEN: Bevölkerungswanderung in der EU und ihren Regionen	42
PROJEKTE: Vorstellung erfolgreicher Projekte aus Irland, Nordirland, Mitteleuropa, Belgien und den Niederlanden	44



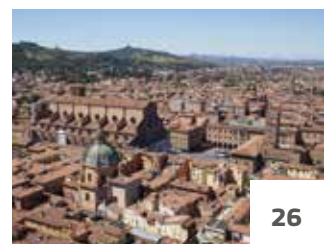
4



18



24



26



36



44

EDITORIAL

Vom Ersthelfer zum Baumeister eines grünen Europas: Die Kohäsionspolitik in Zeiten der Erholung

Die vergangenen Monate waren für uns alle schwierig. Mein Mitgefühl gilt allen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder ihr Leben „herunterfahren“ mussten. Mein tiefstes Mitgefühl gilt all jenen, die krank waren oder geliebte Menschen verloren haben.

In diesen Zeiten der Prüfung gibt es aber auch Grund zur Hoffnung. Der Kohäsionspolitik wird manchmal vorgeworfen, zu langsam und zu schwerfällig zu sein. Doch in dieser Krise waren wir schnell und leichtfüßig. Über die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise haben wir schnell noch nicht zugewiesene Mittel in den laufenden Programmen umgewidmet. Bereits ab April wurden Beatmungsgeräte und Masken bereitgestellt. Schon früh wurden Unternehmen und Arbeitskräfte unterstützt. Mit rasch mobilisierten rund 50 Mrd. EUR wurden wir in der Krise zum Ersthelfer für Europa.

Daher ist es keine Überraschung, dass wir einer der Eckpfeiler der für Europa historischen Bewältigung der Pandemie sind. Über „Next Generation EU“ hat die Kommission zusätzliche 750 Mrd. EUR für den langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 vorgeschlagen. Ich habe immer wieder betont, dass Solidarität und Konvergenz Schwer- und Mittelpunkt der Krisenbewältigung sein sollten. Ich freue mich, dass das Hilfspaket durch und durch, von den Zielen bis zu den Methoden der Umsetzung, von Zusammenhalt geprägt ist.

Die Vorschläge sehen frische Finanzmittel für die Kohäsionspolitik vor. Über REACT-EU fließen weitere 55 Mrd. EUR in laufende Programme der Kohäsionspolitik. Die Verteilung dieser Mittel erfolgt nach Schwere der Krise in den einzelnen Ländern sowie nach dem relativen Wohlstand der Länder. REACT-EU ist ein neues thematisches Ziel mit Schwerpunkt auf der Krisenbewältigung und der Ankurbelung der Wirtschaft. Dadurch werden die am schwersten betroffenen Sektoren unterstützt – u. a. das Gesundheitswesen, der

Tourismus und der Kultursektor – und der zweifache Wandel wird gefördert. Es handelt sich nicht um eine neue politische Ausrichtung, sondern dient in Zeiten der Herausforderungen durch COVID-19 als Überbrückung auf dem Weg zurück zu unserem langfristigen Ziel: der territorialen Annäherung durch den grünen und den digitalen Wandel in jeder Region.

Die Vorschläge sehen zudem eine Verfünfachung der Mittel für den neuen „Fonds für einen gerechten Übergang“ von 7,5 Mrd. EUR auf 40 Mrd. EUR vor. Darüber hinaus haben wir Änderungen für längerfristige Kohäsionsprogramme vorgeschlagen, um die am schwersten betroffenen Sektoren zu unterstützen und den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität zur Umverteilung von Mitteln aus verschiedenen Kohäsionsfonds zu geben.

Insgesamt fließen durch diese Änderungen rund 100 Mrd. EUR an neuen Mitteln in laufende und zukünftige Kohäsionsprogramme. Mein herzlicher Dank gilt allen, die diese schnellen Änderungen ermöglicht haben. Nun müssen wir jedoch sicherstellen, dass sie schnell umgesetzt werden und unseren Bürgerinnen und Bürger wirklich eine Hilfe sind.

Und dass wir unseren „grünen“ Worten auch Taten folgen lassen. Diese Ausgabe von *Panorama* wird die letzte gedruckte Fassung sein. Ab der nächsten Ausgabe erscheint *Panorama* vollständig digital.

Viel Freude beim Lesen. Passen Sie diesen Sommer auf sich auf und bleiben Sie gesund. ■



Elisa Ferreira

EU-Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen



Die Kohäsionspolitik im Kampf gegen COVID-19

Europa im Epizentrum der Coronavirus-Pandemie hat die EU vor eine Herausforderung historischen Ausmaßes gestellt. Zwar werden europaweit Maßnahmen gelockert, nun zeigen sich jedoch die langfristigen Auswirkungen dieser globalen Krise im öffentlichen Gesundheitswesen. Die Kohäsionspolitik und die territoriale Zusammenarbeit spielen eine entscheidende Rolle für die Stärkung Europas in der Bewältigung der Krise und ihrer dramatischen Folgen.

Die EU hat besondere Maßnahmen zum Schutz von Leben und Lebensgrundlagen ergriffen. Sie unterstützt die Mitgliedstaaten in allen erforderlichen Bereichen zugunsten der Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Diese Reaktionen umfassen Soforthilfen zur Krisenbewältigung sowie politische Maßnahmen und Strategien zur Erholung Europas von der Krise. Die derzeitigen Hilfsmaßnahmen sind sehr vielfältig. Sie reichen von der Rückholung von im Ausland gestrandeten Bürgerinnen und Bürgern bis hin zu vorübergehenden Maßnahmen zur Ausschöpfung der vollen Flexibilität der Vorschriften für staatliche Beihilfen der EU.

Im Mai 2020 hat die Europäische Kommission Pläne für einen umfangreichen Europäischen Aufbauplan unter dem Dach des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) vorgestellt. Im Rahmen dieses Plans sollen sagenhafte 2,4 Bio. EUR mobilisiert werden,

um die Mitgliedstaaten bei der Behebung der in letzter Zeit entstandenen Schäden und der Umsetzung wichtiger Änderungen für die Zukunft zu unterstützen. Über den Aufbauplan werden insbesondere Investitionen in den Wiederaufbau hin zu einem gerechten, inklusiven, digitalen, grüneren und widerstandsfähigeren Europa bereitgestellt.

Die Zukunft finanzieren

Zur Stärkung des Aufbauplans wird der nächste langfristige EU-Haushalt für den Zeitraum 2021 bis 2027 aufgestockt. Der geänderte Haushaltsentwurf der Europäischen Kommission umfasst 1 850 Mrd. EUR. Er ergänzt den vorläufigen langfristigen Haushalt in Höhe von 1 100 Mrd. EUR um 750 Mrd. EUR, die in ein neues, vorübergehendes Instrument einfließen sollen: das Notfallinstrument „Next Generation EU“, unterstützt mit Mitteln aus den Finanzmärkten.

Die im Rahmen des Aufbauplans vorgesehenen massiven Investitionen sollen über verschiedene Instrumente umgesetzt werden, insbesondere über REACT-EU (Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas).

Für diese neue Initiative ist ein Budget in Höhe von 55 Mrd. EUR vorgesehen, das zur Aufstockung der Budgets des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) dienen soll. Die Aufbauhilfe richtet sich an die am schwersten von der Pandemie betroffenen Regionen und Mitgliedstaaten. Diese werden auch von allgemeinen kohäsionspolitischen Änderun-

Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII+)



Flexibilität bei der Verwendung der Obergrenze der Strukturfonds

zwischen Fonds, Regionen und Themen sowie EU-Kofinanzierungssatz von 100 %



Besserer Schutz für die am stärksten Benachteiligten

Nahrungsmittelhilfe und grundlegende materielle Unterstützung in Form elektronischer Gutscheine



Hilfe für wichtige Sektoren

Zusätzliche Maßnahmen und Flexibilität zur Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben, der Fischerei, des Lebensmittelsektors und der Aquakultur

gen zugunsten der Erholung dieser Regionen und Mitgliedstaaten profitieren, etwa von mehr Unterstützung für Arbeitskräfte und von Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut.

Ein größerer Rahmen, der sich den Mitgliedstaaten für die Übertragung von Mitteln zwischen EU-Fonds bietet, ist eine weitere, für den Zeitraum nach 2020 angekündigte Aufstockung der kohäsionspolitischen Mittel. Damit wird der andauernden Verpflichtung zur Förderung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung und Entwicklung, zur Weiterführung des digitalen Wandels, zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals und zur Förderung der Europäischen Säule sozialer Rechte Rechnung getragen. Innerhalb dieses weiteren Rahmens stehen für die Kohäsionspolitik nach dem Entwurf für den geänderten langfristigen Haushalt auch Mittel für eine bessere Vorbereitung des Gesundheitssystems und ein deutlicherer Schwerpunkt auf der Ausschöpfung des Potenzials von Kultur und Tourismus zur Verfügung.

Die Initiative ergreifen

Mehr Flexibilität für die Mittelumverteilung bietet bereits die Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII+), die auch eine vorübergehende Änderung der Kofinanzierungsvorschriften für kohäsionspolitische Programme umfasst. Mit dieser Änderung kann die EU im Haushaltsjahr 2020–2021 umfassende Finanzhilfen für die krisenbezogenen Maßnahmen der Mitgliedstaaten bereitstellen.

Eine ähnliche Ausnahme gilt für den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, für den einige Vorschriften an die veränderten Bedingungen angepasst worden sind. Das CRII+-Paket umfasst auch Änderungen am Europäischen Meeres- und Fischereifonds.

CRII+ ergänzt die im März 2020 eingerichtete Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII). Über das CRII-Paket wurden für die Unterstützung der Mitgliedstaaten 37 Mrd. EUR an noch nicht zugewiesenen Mitteln der Kohäsionspolitik bereitgestellt.

Zugleich wurde mit dem Paket für die Mitgliedstaaten die Möglichkeit geschaffen, kohäsionspolitische Mittel für Ausgaben im Zusammenhang mit COVID-19 zu nutzen, etwa für Investitionen in ihre Gesundheitssysteme. REACT-EU wird die über diese beiden Initiativen eingeführten Maßnahmen fortsetzen und darauf aufbauen. ➤



HILFE VON MOBILEN GESUNDHEITSDIENSTEN



Die Bewohner der portugiesischen Gemeinden Condeixa-a-Nova und Montemor-o-Velho in der Region Coimbra werden demnächst die Hilfe mobiler Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen können. Dazu werden im Rahmen eines durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) geförderten Projekts zwei Fahrzeuge für medizinische, psychologische und soziale Einsätze ausgestattet.

Das neue multidisziplinäre Angebot richtet sich besonders an benachteiligte Alleinstehende, Familien und Gruppen. Geplant ist zunächst eine Pilotphase. Zu einem späteren Zeitpunkt soll das Angebot regional ausgeweitet werden.

<https://europa.eu/!br93KY>

Im Zuge einer dritten Änderung im Rahmen des CRII-Pakets wurden öffentliche Gesundheitsnotstände in die Liste der Notfallsituationen für den Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) aufgenommen. Dieser im Jahr 2002 in Reaktion auf die schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa eingerichtete Fonds dient der Unterstützung von europäischen Regionen im Falle von Naturkatastrophen. Bisher sind aus dem EUSF insgesamt 5,5 Mrd. EUR an 24 europäische Länder geflossen.

Die Einbeziehung schwerer öffentlicher Gesundheitsnotstände in die Situationen, in denen EUSF-Hilfen beantragt werden können, ermöglicht nicht nur Mitgliedstaaten, sondern auch Ländern, die derzeit in EU-Beitrittsverhandlungen stehen, im Krisenfall die Beantragung von Zuschüssen zu öffentlichen Ausgaben.

Natürlich gelten auch für die Gewährung von EUSF-Hilfen aufgrund von COVID-19 bestimmte Voraussetzungen: Die Ausgaben müssen innerhalb von vier Monaten ab der ersten amtlichen Notfallmaßnahme im betreffenden Land 0,3% des Bruttonationaleinkommens oder 1,5 Mrd. EUR (zu Preisen von 2011) übersteigen.

Entsprechende Anträge der Länder wurden bis zum 24. Juni 2020 entgegengenommen. Insgesamt sollen im Jahr 2020 bis zu 800 Mio. EUR aus dem Solidaritätsfonds fließen.

Zusätzliche Unterstützung steht über das neue Soforthilfeinstrument (ESI) zur Verfügung. Dieser mit einem Budget von 2,7 Mrd. EUR ausgestattete Hilfsmechanismus wird die anderen EU-Instrumente ergänzen. Er stärkt die unmittelbare Reaktionsfähigkeit der EU in Notlagen, beispielsweise durch Erleichterung der grenzüberschreitenden Verlegung von Patientinnen und Patienten aus besonders schwer betroffenen Gebieten in Krankenhäuser mit freien Kapazitäten.

Territoriale Zusammenarbeit: Jetzt erst recht

COVID-19 hat alle Aspekte unseres Alltags auf den Prüfstand gestellt. Auch die territoriale Zusammenarbeit, die die größten Herausforderungen seit Jahrzehnten erlebt.

STÄRKUNG DES GESUNDHEITSSCHUTZES

Persönliche Schutzausrüstung für das Personal von fünf medizinischen Einrichtungen, die Patientinnen und Patienten mit Verdacht auf oder bestätigten COVID-19-Infektionen aufnehmen, sowie Gesichtsmasken für die Menschen in der Region wurden im Rahmen eines mit kohäsionspolitischen Mitteln geförderten Projekts in Polen bereitgestellt. Das Projekt leistet einen Beitrag zum Gesundheitsschutz der Menschen in der polnischen Woiwodschaft Łódź. Bestandteil des Projekts ist auch die Aufklärung über die Verwendung der Gesichtsmasken und über Hygiene-Maßnahmen.

Mit einem weiteren Projekt zur Unterstützung der Gesundheitsversorgung in der Region wurden wichtige medizinische Geräte angeschafft. Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts 79 Beatmungsgeräte und 34 Rettungswagen erworben. Darüber hinaus wurden u. a. Röntgen-, EKG-, Ultraschall- und Anästhesiegeräte, Herzmonitore, Defibrillatoren, Infusionspumpen, Pulsoximeter und Spirometer sowie Desinfektionsausrüstung, Matratzen und Seife angeschafft.



<https://europa.eu/!Uh99MV>

GEMEINSCHAFTSZENTREN ARBEITEN ONLINE



Ein im Jahr 2017 gestartetes Projekt von acht Gemeinschaftszentren im französischen Lille ermöglichte die Fortführung der Arbeit der Zentren während der Ausgangsbeschränkungen. Dank früherer Projektinvestitionen in digitale Lösungen, die die Arbeit der Zentren zugunsten der Lebensqualität und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vereinfachen sollen, konnten die Zentren ihre Dienstleistungen weiter online oder telefonisch anbieten.

Die Zentren fördern soziale Innovation und Mediation mit dem Ziel, Zusammenhalt und Gemeinschaftlichkeit zu pflegen. Zudem werden Kontakte zu anderen Zentren in der umliegenden Region gepflegt. Auf diese Weise soll der gemeinsame Ansatz Verbreitung finden. Das Projekt wird mit 210 000 EUR aus dem EFRE gefördert, die Gesamtkosten des Projekts betragen 350 000 EUR.

<https://europe-en-hautsdefrance.eu/mon-centre-social-a-la-maison/>

ZUSAMMENFÜHRUNG VON ANGEBOT UND NACHFRAGE FÜR PERSÖNLICHE SCHUTZAUSRÜSTUNG

Sie stellen Textilien zur Verwendung im Gesundheitsbereich her? Oder sind Sie auf der Suche nach Masken, Kitteln oder Ähnlichem? Nun gibt es eine Datenbank, die Angebot und Nachfrage für solche Produkte zusammenführt. Initiiert wurde die Datenbank vom EU-finanzierten Projekt TEX-MED ALLIANCES, das Teil des Programms ENI CBC MED ist.

Ziel des Projekts ist der Aufbau einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter privaten Unternehmen im Textilsektor. Aktuell werden im Rahmen des Projekts die industriellen Kapazitäten (in Ägypten, Griechenland, Italien, Jordanien, Palästina, Spanien und Tunesien) für die Herstellung von persönlicher Schutzausrüstung wie selbstfilternden Atemschutzmasken und Schutzhandschuhen ermittelt.

Dabei soll auch eine Übersicht über die Kompetenzen der einzelnen Akteure entstehen. „Unsere Regionen verfügen über Expertise in unterschiedlichen Bereichen“, sagt Projektleiterin Monica Olmos. „Eine Lösung könnte die Verknüpfung der Ressourcen sein. Beispielsweise könnte man filtrierende Masken in Tunesien herstellen und dafür in Spanien oder Italien gefertigte Textilien verwenden.“

<http://www.enicbcmmed.eu/projects/tex-med-alliances>



Interreg



30 years together

KRÄFTE BÜNDELN IM NORDEN

Als sich fast ganz Europa mit Ausgangsbeschränkungen konfrontiert sah, schlossen sich Fachkräfte des Programms „Nördliche Randgebiete und Arktis“ (NPA) zusammen, um herauszufinden, wie eine Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie aussehen könnte.

Die COVID-19-Reaktionsgruppe der Nördlichen Randgebiete und Arktis ist eine informelle Gruppe von Sachverständigen, die bereits an elektronischen Gesundheitsprojekten teilgenommen oder ein solches Projekt geleitet haben. Der Gruppe schlossen sich schnell 40 interessierte Gesundheitsfachkräfte (Klinikpersonal, Führungskräfte im Gesundheitswesen und Sachverständige im Bereich Digitaltechnik) aus sieben Ländern der Nördlichen Randgebiete und Arktis an. Die Gruppe untersucht verschiedene Aspekte, bei denen eine gemeinsame Reaktion produktiv sein könnte: klinische Aspekte, Gesundheit und Wohlergehen, technische Lösungen, Reaktion der Gemeinschaft und wirtschaftliche Folgen.

<http://www.interreg-mpa.eu/covid-19/mpa-covid-19-response-group/>



Interreg



30 years together

GRENZÜBERSCHREITENDE HILFE FÜR BETROFFENE AUS FRANKREICH



Deutschland, Luxemburg und die Schweiz stellen über 100 Betten für schwer erkrankte Patientinnen und Patienten aus der französischen Region Grand Est bereit. Diese Region wurde von der Pandemie besonders hart getroffen.

Die SHG-Kliniken Völklingen in Deutschland nahmen COVID-19-Patientinnen und -Patienten aus Frankreich auf, die intensivmedizinisch betreut werden mussten. Das Klinikum im Großraum Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg wird von mehreren EU-geförderten grenzüberschreitenden Interreg-Kooperationsprojekten, darunter SANTRANSFOR und COSAN, unterstützt.

Die Luxemburger Krankenhausgesellschaft, die aktuell zehn Krankenhäuser und Fachkliniken in Luxemburg umfasst, rief ihre Mitglieder auf, Betroffene aus Frankreich und der Großregion aufzunehmen. Das Cerdanya-Krankenhaus an der Grenze zwischen Spanien und Frankreich behandelte COVID-19-Patientinnen und -Patienten aus beiden Ländern.

<https://bit.ly/2047UYO>

Interreg  **30** years together



EIN LAND BEREITET SICH VOR

Im Kreis Teleorman in Rumänien wurde das städtische Krankenhaus Caritas Roşiorii de Vede als Behelfskrankenhaus für die Behandlung von an COVID-19 Erkrankten ausgewiesen. Zur Vorbereitung auf eine möglicherweise hohe Anzahl an schwer erkrankten Patientinnen und -Patienten lieh das Stadtkrankenhaus Zimnicea dem Caritas-Krankenhaus zwei Injektomaten, drei Monitore zur Überwachung der Vitalfunktionen und ein allgemein einsetzbares Anästhesiegerät.



Diese Ausrüstung verbleibt im Caritas-Krankenhaus, bis die Behandlung aller mit COVID-19 infizierten Betroffenen abgeschlossen ist. Angeschafft wurde sie über das Projekt ROBG-174 „Your health matters! – Modernization of hospitals in Zimnicea and Svishtov“ im Rahmen des Programms Interreg V-A Rumänien-Bulgarien.

<https://bit.ly/3ghxOEo>



Einige Mitgliedstaaten haben von einem auf den anderen Tag ihre Grenzen geschlossen. Obwohl der Vorsicht geschuldet, stürzte diese beispiellose Maßnahme viele Wirtschaftssektoren in Schwierigkeiten. In manchen Gegenden standen einige Sektoren kurz vor dem Zusammenbruch.

Die Bürgerinnen und Bürger der EU fanden sich plötzlich in einer Welt wieder, in der die Freiheiten, die sie lange Zeit als selbstverständlich hingenommen hatten – insbesondere die europäische Identität und die Freizügigkeit – außer Kraft gesetzt waren.

In Reaktion auf diese Situation hat die Europäische Kommission betont, wie wichtig es ist, dass die Gleichbehandlung grenzüberschreitender Arbeitskräfte sicherzustellen ist, und hat Leitlinien zur Gewährleistung öffentlicher Dienstleistungen in Grenzregionen herausgegeben. Darüber hinaus und trotz der sehr begrenzten Befugnisse der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit, hat die Europäische Kommission zur Zusammenarbeit der nationalen, regionalen und lokalen Behörden im Gesundheitswesen aufgerufen.

Diese Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe findet Anklang bei den Bürgerinnen und Bürgern der EU. Die Reaktion auf die COVID-19-Krise ist ein eindrucksvoller Beweis für den Einfallsreichtum, die Genialität und die Solidarität der Europäerinnen und Europäer. Einmal mehr hat sich erwiesen, dass territoriale Zusammenarbeit nicht optional ist, sondern dass die Bürgerinnen und Bürger diese Zusammenarbeit wünschen und dass sie in vielen Fällen lebensnotwendig ist.

Interreg-geförderte Projekte wie die in diesem Artikel genannten haben sowohl innerhalb der EU als auch an ihren Außengrenzen zur Bewältigung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie beigetragen.

Gemeinsam stärker

Die Solidarität der EU und der Wunsch nach Zusammenarbeit waren sowohl in Europa als auch darüber hinaus offenkundig vorhanden. Ziele der jüngsten französisch-deutschen Initiative für eine Europäische Gesundheitsunion sind die engere Zusam-

IT-GESTÜTZTE SOLIDARITÄT

Das polnische Projekt „The Good Support Programme“ hat eine Website und eine mobile Anwendung entwickelt, die hilfsbedürftige Bürgerinnen und Bürger untereinander und mit Diensten und Personen, die Hilfe anbieten, verbindet. 2019 wurde das Projekt mit dem begehrten REGI-OSTARS-Preis für das innovativste IT-Werkzeug im Bereich soziale Dienstleistungen ausgezeichnet. „Good Support“ umfasst vier Komponenten:

- › „Good Care“, ein Instrument, mit dem Pflegedienste, die Bürgerinnen und Bürger zu Hause unterstützen, ihre Arbeit organisieren können;
- › „Good Carer“, eine mobile App, mit der Pflegedienste sehen können, wann, wo und von wem sie gebraucht werden, und Aufgaben als abgeschlossen kennzeichnen können;
- › „Good Neighbour“, ein System, über das registrierte Bürgerinnen und Bürger für Aufgaben wie Einkaufen in der Apotheke oder das Ausführen von Hunden nach Hilfe suchen oder Hilfe anbieten können;
- › „Good Family“, ein virtueller Alarmknopf auf dem Smartphone, über den, sofern das Gerät aktiviert ist, bis zu sechs Personen automatisch alarmiert werden.

Diese praktische Anwendung ist für die Dauer der COVID-19-Krise kostenlos erhältlich, insbesondere um hilfsbedürftige Bürgerinnen und Bürger in der Zeit der sozialen Distanzierung zu unterstützen.

<https://goodsupport.eu>



menarbeit bei der intensivmedizinischen Betreuung von Patientinnen und Patienten und die Förderung der gemeinsamen Erforschung und Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten. Sie ruft außerdem zur Einrichtung eines europäischen Schutzschildes für Medikamente und medizinische Produkte auf, durch den Ressourcen gebündelt werden sollen, um die Kontinuität der Lieferkette sicherzustellen und grenzüberschreitende Engpässe innerhalb der EU zu verhindern.

Darüber hinaus wirbt die Initiative für eine grenzüberschreitende Strategie gegen Pandemien, die als Schwerpunkt in den zwischen den beiden Ländern geschlossenen Vertrag von Aachen aufgenommen werden soll. In der Erklärung zur Initiative heißt es, dass ein Scheitern der Zusammenarbeit bei der

Bekämpfung des Virus die grundlegenden Werte des europäischen Gedankens untergraben würde. Ein erfolgreiches gemeinsames Vorgehen würde hingegen den wahren Mehrwert von Zusammenarbeit unterstreichen und Wertschätzung und Anerkennung bei den Bürgerinnen und Bürger finden. ■

MEHR DAZU

Die Coronavirus-Krisenreaktion der EU: https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response_de

Italien und Slowenien kooperieren im Kampf gegen die COVID-19-Krise

In den vergangenen Monaten hat die Coronavirus-Pandemie den Alltag der Menschen auf den Kopf gestellt. Aus Gründen des Gesundheitsschutzes wurden europaweit Beschränkungen an zahlreichen Binnengrenzen eingeführt.

Nirgendwo wird dies deutlicher, als an der Grenze zwischen Italien und Slowenien. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Gegend rund um die Stadt Gorizia (dt. Görz) zwischen Italien und Jugoslawien (heutige Republik Slowenien) aufgeteilt. Die ursprüngliche Stadt blieb Teil von Italien, auf der anderen Seite der Grenze entstand die Stadt Nova Gorica (dt. Neu-Görz).

Diese beiden Städte, 57 Jahre lang durch einen „weichen“ eisernen Vorhang getrennt (Jugoslawien war sozialistisch, wenn auch nicht Mitglied des Warschauer Pakts), haben in Kooperation mit der benachbarten Gemeinde Šempeter-Vrtojba eine gemeinsame Strategie zur Entwicklung eines zusammenhängenden Stadtgebiets erarbeitet. Um den Mangel an geeigneten Rechtsinstrumenten für eine gemeinsame grenzüberschreitende Strategie zu umgehen und gemeinsame Infrastrukturen und Dienstleistungen zu schaffen, riefen Gorizia, Nova Gorica und Šempeter-Vrtojba im Jahr 2011 den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit von Gorizia, Nova Gorica und Šempeter-Vrtojba (EGTC-GO) ins Leben.

Zweck dieses Verbunds war die Planung einer großen grenzüberschreitenden Kommune und die Förderung des Gedankens, dass Zusammenarbeit echte Entwicklungschancen bietet. Dank des Einsatzes der Politik und von praxisnahen Fachkräften erhielt der Verbund den Status einer zwischengeschalteten Stelle und ist einziger Begünstigter der ersten und bislang einzigen Interreg-geförderten integrierten territorialen Investition (ITI).

Am 29. Februar 2020 begingen die Bürgermeister von Gorizia (Italien) und Nova Gorica (Slowenien) – Rodolfo Ziberna und Klemen Miklavič – gemeinsam in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana den Übergang in die zweite Phase der Bewerbung der Städte Nova Gorica und Gorizia um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025 (ECOC 2025).

Barrieren überwinden

Danach kam die Coronavirus-Krise und mit ihr ein eilig hochgezogener Zaun, mit der sich das slowenische Nova Gorica von seinem italienischen Zwilling abschottete und der an die bittere Vergangenheit der Teilung erinnerte. Heute, inmitten der Coronavirus-Krise, sehen sich die beiden Bürgermeister täglich, aber mit Abstand.

Eines dieser Zusammentreffen fand auf Einladung des GO!2025-Team anlässlich des Starts von „Virtual Cafe with GO! 2025 Nova Gorica-Gorizia“ statt, einer der Initiativen im Rahmen der vom Verbund EGTC-GO koordinierten Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025: als Live-Stream auf der Facebook-Seite „GO! 2025 Nova Gorica-Gorizia“. Obwohl die Grenzkontrollen zum Leidwesen und Betrübnis der Allgemeinheit vorübergehend wieder in Kraft sind, arbeiten die beiden Städten weiter eng zusammen, um die Krise gemeinsam zu bewältigen.

„Die Zahl der Infizierten in Nova Gorica ist im Vergleich zum Rest Sloweniens gering“, so Bürgermeister Miklavič. „Nova Gorica konnte dank der beinahe täglichen Informationen von meinem Freund und Kollegen Ziberna zur Entwicklung der Situation in Italien schneller handeln. Das Leben der beiden Städte ist eng verwoben, und diese Notlage hat uns gezeigt, dass wir ein gemeinsames Verwaltungssystem zum Umgang mit solchen Situationen brauchen.“

Ziberna unterstrich, dass von der grenzüberschreitenden Region dank der Rolle des Verbunds ein starkes Signal in Richtung Europa ausgehen könne. „Der Verbund EGTC-GO steht für Europa“, betont Ziberna. „Wir stehen für ein Europa der Chancen und für ein Modell der Zusammenarbeit, das sich auch in anderen Ländern realisieren lässt.“ Die beiden Bürgermeister sind sich einig, dass der Verbund nach dem Ende der Coronavirus-Krise eine zentrale Rolle bei der Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung und im Prozess der grenzüberschreitenden Entwicklung spielen wird.



Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger vereinen

Während der Pandemie haben grenzüberschreitende Ärzteteams ihre Zusammenarbeit in der Patientenversorgung über die Distanz fortgeführt. Veranstaltungen werden derzeit über Facebook organisiert, darunter auch Slowenisch- und Italienischkurse mit Hunderten Teilnehmenden. Die Bürgermeister der Städte stehen in ständigem Kontakt, um gegenseitige Hilfsmaßnahmen in der Krise zu koordinieren. Zudem haben sie ihre jeweiligen nationalen Regierungen nachdrücklich gebeten, die Grenze schnellstmöglich wieder zu öffnen. Am vor Kurzem errichteten Zaun wird Badminton und Volleyball gespielt, werden Geburtstage gefeiert oder treffen sich durch den Zaun getrennte Paare.

Der Verbund EGTC-GO weiß um die Gefahr, dass die Pandemie die bereits erzielten Fortschritte schnell wieder zerstören könnte, ist aber überzeugt, dass Zusammenarbeit mehr denn je in den Herzen und im Geist der meisten Menschen zu beiden Seiten der Grenze verankert ist. Diese Menschen fühlen, dass sie in einer einzigartigen, vereinten Stadt leben.

Die Kandidatur als Kulturhauptstadt Europas 2025 ist nicht nur auf kultureller Ebene als Entwicklungschance für diese grenzüberschreitenden Gebiete zu betrachten. „Unsere grenzüberschreitende Region hat mit dem Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit ein sehr wichtiges und wirkungsvolles Instrument, das wir nun auf die wirtschaftlichen Probleme unserer Region richten sollten. Über den Verbund müssen EU-Mittel für Wirtschafts- und Entwicklungsprojekte zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung kanalisiert werden“, so Miklavič abschließend. ■

Videos (erstellt für die Kulturhauptstadt Europas 2025):

Kurzfassung: <https://youtu.be/ZfsOrRuGvhE>

Langfassung: https://youtu.be/ZOK-VoXmM_0

EU-Fonds helfen Unternehmen durch die Coronavirus-Pandemie

Wir erleben gerade eine Gesundheits-, Gesellschafts- und Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes. Unternehmen in Europa fürchten die Auswirkungen von COVID-19 auf ihre Arbeitskräfte, Zahlungsströme, Geschäftspläne und ihre nackte Existenz. Diese Krise hat die wirtschaftliche Aktivität in vielen Ländern und über ganze Wertschöpfungsketten hinweg zum Erliegen gebracht.

Die Prognosen der Folgen für den Arbeitsmarkt sind ähnlich dramatisch, und die Schwächsten werden am härtesten getroffen werden. Wir können nicht abschätzen, wie lange diese Krise anhalten wird. Wir können aber in der Phase, in der es unmittelbar um das „Überleben“ geht, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Unternehmen in Europa verringern.

Unternehmen benötigen zum Überleben dringend Liquidität und bezahlbare Finanzierung. Die Europäische Kommission mobilisiert die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zur flexiblen Reaktion auf den steigenden Bedarf. Die ESI-Fonds unterstützen die Mitgliedstaaten in drei Schwerpunktbereichen: **Investitionen in die Gesundheitsversorgung, Unterstützung von Kurzarbeit und Bereitstellung von Betriebskapital für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).**

Die Europäische Kommission wollte gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) die durch die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII und CRII+) ermöglichte neue Flexibilität beleuchten und mit Interessengruppen erörtern.

Über *fi-compass* fand am 11. Mai ein erstes Webinar zu den Finanzinstrumenten der ESI-Fonds im Rahmen der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise statt. Daran nahmen über 500 Vertreter von Verwaltungsbehörden, Finanzintermediären, EU-Institutionen und anderen Interessengruppen teil.

Mehr Flexibilität bei der Förderung

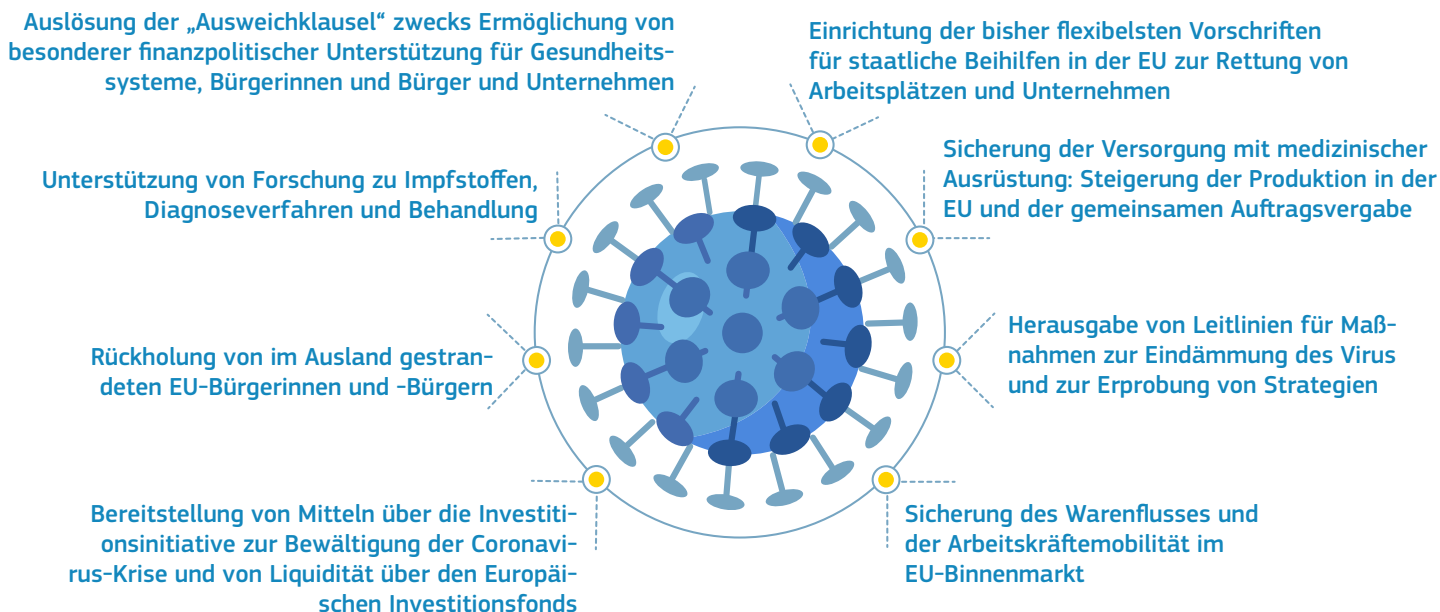
Jonathan Denness, Leiter des Referats Finanzinstrumente und Beziehungen mit internationalen Finanzinstitutionen der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD REGIO) der Kommission, eröffnete das Webinar. Er erläuterte den allgemeinen Hintergrund der **zwei Maßnahmenpakete für die Finanzinstrumente der ESI-Fonds CRII und CRII+**. Zu den zentralen Möglichkeiten gehört die Senkung der Anforderung für die Änderung von Ex-ante-Bewertungen bei der Anpassung bestehender Finanzinstrumente im Zuge der Krisenreaktion.

Die neuen Flexibilitätsregeln sehen außerdem die Verringerung der Anforderungen in Bezug auf zur Deckung von Betriebskosten verwendete Mittel vor. Verwaltungsbehörden, nationale Förderbanken und ihre Partner können diese Flexibilität zur schnellen Reaktion auf den Bedarf der Unternehmen nutzen. Das Maßnahmenpaket umfasst Änderungen der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 mit gemeinsamen Bestimmungen und des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19.

Loris Di Pietrantonio, Referatsleiter in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) der Kommission, erläuterte, dass die Änderungen der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen auch für die Finanzinstrumente des Europäischen Sozialfonds (ESF) gelten. Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds haben 17 Mitgliedstaaten bereits nationale Kurzarbeitsmodelle vorgelegt. Diese Änderungen und schnellen Anpassungen haben dazu beigetragen, die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt abzufedern. Zudem kann im Rahmen des Europäischen Sozialfonds u. a. die Einstellung von medizinischem Personal und die Herstellung von medizinischer Ausrüstung, Medikamenten gefördert werden.

Michael Pielke, Referatsleiter in der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Kommission, beleuchtete die landwirtschaftliche Seite. In der gegenwärtigen Krise werden die Finanzinstrumente des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums landwirtschaftlichen Betrieben mit Mitteln zur Deckung von Betriebskosten bei der Bewältigung wirtschaftlicher Schwierigkeiten helfen.

DIE REAKTION DER EU AUF DAS CORONAVIRUS



Frank Lee, Abteilungsleiter der Beratung für Finanzinstrumente bei der Europäischen Investitionsbank (EIB), verwies auf das für *fi-compass* herausgegebene Informationsblatt zur [Reaktion auf die COVID-19-Krise mittels Finanzinstrumenten](#) (in englischer Sprache). Dadurch sollen Finanzinstrumente der ESI-Fonds auch in Verbindung mit Zuschüssen mobilisiert werden können. Ziel ist, Verwaltungsbehörden, nationale Förderbanken und Institutionen sowie andere Interessenträger zu ermutigen, die Finanzinstrumente der ESI-Fonds zu nutzen und von den bestehenden Fallbeispielen zu lernen.

Anschließend erläuterte Ieva Zālīte, Referentin im Referat Finanzinstrumente und Beziehungen mit internationalen Finanzinstitutionen der GD REGIO der Kommission, die CRII- und CRII+-Gesetzgebung und andere Rechtsinitiativen, einschließlich staatlicher Beihilfen.

Mit gutem Beispiel vorangehen

Zwei Beispiele für in Reaktion auf den Ausbruch von COVID-19 eingeführte Maßnahmen wurden im Rahmen des Webinars vorgestellt. Ivan Lesay, Geschäftsführer der Slovak Investment Holding (SIH), berichtete, wie das Finanzinstrument der sogenannten „Anti-Corona-Garantie der SIH“ KMU in der Slowakei unterstützt.

Auch Polen hat schnell reagiert und Maßnahmen zur Bewältigung der Krise ergriffen. Aleksandra Kwiatkowska, Leiterin der Abteilung für europäische Programme der Bank Gospodarstwa Krajowego, stellte Anpassungen des polnischen Finanzinstruments „Nationaler Fonds für soziales Unterneh-

mertum“ vor. Die polnischen Behörden haben die neue Flexibilität genutzt, um die Bedingungen für die Aufnahme und Tilgung von Unternehmenskrediten zu verbessern.

Beide Beispiele zeigen, wie Finanzinstrumente schnell und entsprechend dem Bedarf der Unternehmen in Europa mobilisiert werden können. In diesem Sinne möchte die Europäische Kommission Verwaltungsbehörden, nationale Förderbanken und Institutionen auch in anderen Mitgliedstaaten inspirieren und unterstützen.

Das Webinar schloss mit einer Frage- und Antwortrunde, in der Sachverständige von Europäischer Kommission und EIB die Fragen der Teilnehmenden beantworteten. ■

MEHR DAZU

Webinar: <https://bit.ly/2YLu204>

Schriftliche Antworten: <https://bit.ly/3g1gJyw>

Bei weiteren Fragen zu den Finanzinstrumenten der ESI-Fonds können Sie sich an unser Team in der Europäischen Kommission wenden:

REGIO-B3-FINANCIAL-INSTRUMENTS@ec.europa.eu.

Stärkung der Gesundheit und des Wohlergehens in den Regionen der EU

Die Kohäsionspolitik investiert weiterhin in verschiedene Bereiche der Gesundheit, darunter die alternde europäische Bevölkerung, die Gesundheitsinfrastruktur und nachhaltige Systeme, elektronische Gesundheitsmaßnahmen, die Gesundheitsversorgung und Programme zur Gesundheitsförderung.

Im Lichte der gegenwärtigen COVID-19-Krise enthält die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII) Bestimmungen zur Beschleunigung und Erhöhung der Unterstützung für mit dem Coronavirus verbundene Ausgaben. Darunter fällt die Finanzierung von Gesundheitsausrüstung, Medikamenten, Test- und Behandlungskapazitäten sowie medizinischer Ausrüstung (z. B. Beatmungsgeräte und Masken) und für die Unterstützung von benachteiligten Gruppen.

Darüber hinaus wurden beschleunigte Verfahren zur Unterstützung der Neuzuweisung von Mitteln aus der EU-Kohäsionspolitik eingeführt. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die seit 2014 im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) geplanten Investitionen.

Welche Art von Verbesserungen im Gesundheitswesen erhalten Priorität?

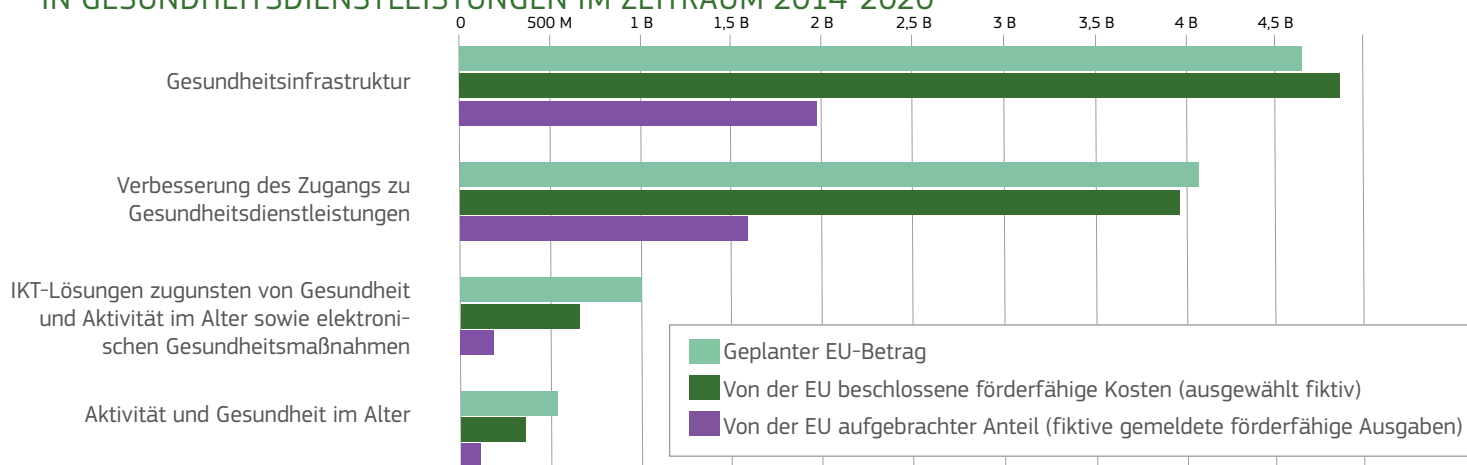
Über den EFRE können eine Vielzahl an Maßnahmen gefördert werden. In der Leitlinie der Kommission für den Zeitraum 2014–2020 sind die folgenden Schwerpunkte genannt:

- › Investitionen in Gesundheits- und Sozialinfrastruktur zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheits- und Sozialleistungen und zum Abbau von Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung.
- › Infrastrukturinvestitionen, die zur Modernisierung, strukturellen Transformation und Nachhaltigkeit von Gesundheitssystemen beitragen und dadurch messbare Verbesserungen bei Gesundheitsergebnissen, einschließlich elektronischer Gesundheitsmaßnahmen, bewirken.
- › Gezielte Infrastrukturinvestitionen zur Unterstützung des Übergangs von institutioneller Betreuung zu Betreuung in der lokalen Gemeinschaft.
- › Förderung von Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Kinderbetreuung, Altenpflege und Langzeitpflege.

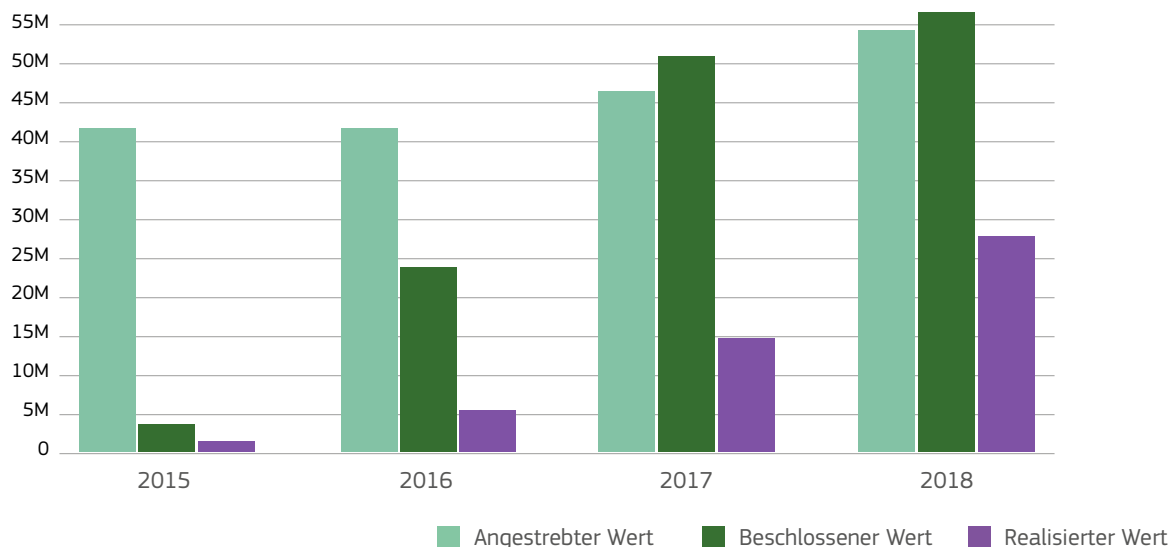
Gesundheitsbezogene Investitionen im Rahmen von grenzüberschreitenden Kooperationsprogrammen knüpfen an die in den Grenzregionen ermittelten Bedürfnisse und Herausforderungen an.

Anfangs haben nicht alle Länder EFRE-Investitionen in diese Gesundheitsziele geplant. Tatsächlich haben nur wenige Mitgliedstaaten Mittelzuweisungen in größerem Umfang für gesundheitliche Kategorien vorgesehen: Polen ist das beste Beispiel dafür und führend in allen Kategorien. Im Allgemeinen konzentrieren sich Gesundheitsinvestitionen aus dem EFRE eher auf die weniger entwickelten Länder und Regionen.

FORTSCHRITTE BEI DEN INVESTITIONEN DER EU-KOHÄSIONSPOLITIK (EFRE-ESF) IN GESUNDHEITSDIENSTLEISTUNGEN IM ZEITRAUM 2014-2020



EFRE 2014-2020 – EINWOHNER MIT ZUGANG ZU VERBESSERTEN GESUNDHEITSLAISTUNGEN (C036)



Auch erfolgt die Umsetzung unterschiedlich schnell, und zwar sowohl im Hinblick darauf, wie schnell die zu fördernden Projekte ausgewählt werden, als auch, wie schnell die ausgewählten Projekte die Mittel verwenden. Die weniger entwickelten Regionen und Länder mobilisieren EU-Mittel eher zur Modernisierung der Gesundheitsdienste. Reichere Länder verfügen über umfangreiche nationale Budgets und erhalten pro Kopf weniger EU-Mittel, die dann überwiegend etwa für Forschung und Wettbewerbsfähigkeit von KMU verwendet werden.

Fortschritte bei der Sichtbarkeit von Investitionsergebnissen

Für den Finanzierungszeitraum 2014-2020 wurde ein gemeinsamer Indikator zur Messung der Zahl der „Menschen mit Zugang zu verbesserten Gesundheitsleistungen“ definiert. Der gemeinsame Indikator C036 ist definiert als: „Menschen eines bestimmten Gebiets, denen die projektgeförderten Gesundheitsleistungen voraussichtlich nutzen werden. Eingeschlossen sind Verbesserungen an Gebäuden und neue Ausstattung für verschiedene Arten von Gesundheitsleistungen (Vorsorge, ambulante und stationäre Versorgung, Nachsorge).“

Mit diesem Indikator soll in aggregierter Form die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner ermittelt werden, die von den EU-finanzierten Verbesserungen der Gesundheitsleistungen profitieren. Das Diagramm oben zeigt die Fortschritte bei den Verbesserungen der Gesundheitsleistungen in Europa insgesamt, gemessen am Indikator C036.

Beim Vergleich der Zielwerte des gemeinsamen Indikators und der erzielten Fortschritte zeigt sich, dass nicht alle Programme, die in den Bereich Gesundheit investieren, Berichte zum gemeinsamen Indikator vorlegen. Tatsächlich erfasst C036 nicht alle förderfähigen Maßnahmen mit gegebenenfalls zahlreichen anderen Ergebnissen, die programmspezifischen Indikatoren zuzuordnen sind und nicht aggregiert werden können.

Der gemeinsame Indikator hat aber auch Herausforderungen zutage gefördert. So stellte es für Programme beispielsweise eine Herausforderung dar, genaue Zielwerte festzulegen, ohne zu wissen, welche Projekte ausgewählt werden würden. Das ist ein Grund dafür, dass die Programmzielwerte Jahr für Jahr gestiegen sind. Die Daten zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, denen die projektgeförderten Gesundheitsleistungen nutzen, werden für jedes Projekt einzeln erfasst. Gibt es im Programmgebiet mehrere Projekte dieser Art, kann es zu Überschneidungen bei der von dem Projekt profitierenden Bevölkerung kommen, was auf Programmebene zu Mehrfachzählungen führt. Manche Programme wirken dem entgegen, indem sie Grenzwerte für die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, denen die projektgeförderten Gesundheitsleistungen nutzen, festlegen. Die Aussagekraft der gemeldeten Werte wird voraussichtlich auch Gegenstand der Folgenabschätzung sein. ■

MEHR DAZU

<https://cohesiondata.ec.europa.eu/stories/s/qqyuv-h9j2>

Gibt es ein Thema, das Ihrer Ansicht nach in künftigen *Panorama* DATENPUNKT-Artikeln behandelt werden sollte?

Gibt es einen Datensatz, den wir auf die offene Datenplattform der ESI-Fonds stellen sollen?

Dann senden Sie eine E-Mail an: REGIO-EVAL@ec.europa.eu

Folgen Sie der Diskussion auf TWITTER [#ESIFOpenData](https://twitter.com/ESIFOpenData)

oder abonnieren Sie unseren Newsletter: http://ec.europa.eu/newsroom/index.cfm?service_id=788

Interreg, nachhaltige Entwicklung und der europäische Grüne Deal

Im Jahr 2020 begeht die EU das 30-jährige Bestehen von Interreg und der Zusammenarbeit in all ihren Formen. Als zweite Säule der Kohäsionspolitik ist Interreg das Herz des europäischen Geistes, weil das Programm Regionen und Länder anregt, Herausforderungen anzugehen, die sie nur gemeinsam lösen können.

Die Einrichtung von Interreg im Jahr 1990 war ein Wendepunkt in der Kohäsionspolitik und das Ergebnis einer jahrelang geführten mühsamen Debatte. Ab dem Ende der 1970er Jahre wurde die Integration von EU-Mitteln in gezielten, mehrjährigen Programmen im Rahmen von integrierten Entwicklungsprogrammen und später integrierten Mittelmeerprogrammen erprobt. Beide Programmarten markierten eine radikale Wende in der bis dahin üblichen Zweckbindung von Mitteln, d. h. der einmal jährlich erfolgenden Erstattung von Kosten für Einzelprojekte der Mitgliedstaaten. Dieses System überzeugte nicht mehr, weil es keinem strategischen Ansatz folgte.

Seitdem bildet die Kohäsionspolitik, zu deren wesentlichen Elementen Interreg gehört, mit ihrem Programmplanungsansatz auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene den Rahmen für Maßnahmen der EU. Im Laufe der Zeit hat sie sich verändert, jedoch ohne dabei ihre zentrale Ausrichtung zu verlieren: das Streben nach einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Regionen Europas. Die Kohäsionspolitik hat nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen die Möglichkeit der Beteiligung an übergeordneten Strategien und Netzwerken über Politikbereiche und Ländergrenzen hinweg eröffnet und tut dies bis heute.

Die Bewältigung von klimabezogenen und ökologischen Herausforderungen macht einen großen Teil dieser ausgewogenen und nachhaltigen regionalen Entwicklung aus. Die Bekämpfung des Klimawandels und die Förderung eines grüneren Europas gehören seit 30 Jahren zu den Aufgaben von Interreg.

Gemeinsam gegen Gefahren

Die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem Umweltschutz zeigen die Vorteile von Zusammenarbeit auf. Waldbrände machen nicht an Grenzen Halt und hinterlassen oftmals eine Schneise der Verwüstung. Die nachhaltige Entwicklung von Flussauen in Grenzgebieten erfordert die enge Zusammenarbeit aller Interessenträger. Denn wenn die Behörden auf einer Seite der Grenze Entwässerung zulassen, hat dies unmittelbare, langfristige Auswirkungen für die Qualität der Feuchtgebiete auf der anderen Seite der Grenze.

Die Verschmutzung von Flüssen und Meeren, gleich ob durch Kunststoffe oder andere Stoffe, hat erhebliche Auswirkungen auf die überregionale Lebensqualität. Seit 30 Jahren haben sich tausende EU-geförderte Projekte mit diesen Herausforderungen befasst und den Grenzregionen der EU und darüber hinausreichenden Gebieten konkrete Vorteile gebracht sowie Vertrauen und Respekt im Miteinander in diesem gemeinsamen Raum geschaffen.

Die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels sind derzeit europaweit und auf der ganzen Welt spürbar. Mit jedem Jahr, das vergeht, heizt sich die Atmosphäre weiter auf und unser Klima verändert sich. Von den acht Millionen Arten auf der Erde ist eine Million vom Aussterben bedroht. Unsere Ökosysteme leiden unter Verschmutzung und Zerstörung.

Interreg ist sowohl Chance als auch Reaktion auf diese Herausforderungen auf europaweiter Ebene. Daher kommt der Interreg-Gemeinschaft mit ihrem über 30 Jahre gewachsenen Netzwerk an Akteuren eine gewichtige Rolle im europäischen Grünen Deal zu.

Strategischer Ansatz

Der Grüne Deal ist die neue EU-weite Wachstumsstrategie, durch die die EU zu einer gerechten und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der bis 2050 Klimaneutralität bei den Treibhausgasemissionen erreicht werden und in der das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung entkoppelt sein soll.

Ziel dieser Strategie ist der Schutz, der Erhalt und die Stärkung des natürlichen Kapitals der EU sowie der Schutz der Gesundheit und des Wohlergehens der Bürgerinnen und Bürger vor Umweltgefahren und -auswirkungen. Die Europäische Kommission erkennt an, dass dieser Wandel gerecht und inklusiv sein muss. Er muss den Menschen an erste Stelle setzen und sich auf die am stärksten von den Herausforderungen betroffenen Regionen, Branchen und Arbeitskräfte konzentrieren. Die Interreg-Gemeinschaft ist mit ihrem lokal angesiedelten, von der Basis ausgehenden, auf Zwischenmenschlichkeit und Inte-

TN: TRANSNATIONALE PROGRAMME

CLEANATLANTIC – PROGRAMM INTERREG „ATLANTIKRAUM“

CleanAtlantic setzt sich engagiert für die Sensibilisierung verschiedener Zielgruppen für die Ursachen und Auswirkungen der Abfälle in den Meeren sowie für Lösungen des Problems ein. Aufgeklärt wird auch darüber, wie die einzelnen Zielgruppen zur Prävention, Beobachtung und Reduktion der Meeresverschmutzung beitragen können. Dazu wurden mehrere Sensibilisierungskampagnen für Schulen und Fischergemeinschaften in Spanien (Vigo, A Guarda, Illa de Arousa), Portugal (Madeira, Sesimbra), Frankreich (Pouldu) und Irland (Castlebar) organisiert.

Die Zielgruppen zeigten sich sehr interessiert und motiviert. Beides ist Grundvoraussetzung für eine Verhaltensänderung und zur Weitergabe, Verbreitung und Vielfältigung besseren Handelns. Schülerinnen und Schüler aus Grund- und weiterführenden Schulen haben Küstenregionen beobachtet, das Überwachungsprotokoll der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie angewendet und aus dem Meer an die Küsten angeschwemmten Abfall gesammelt, klassifiziert und analysiert. So wurden etwa im Rahmen einer Küstenbeobachtung in Sesimbra (Portugal) von den 27 teilnehmenden Schülerinnen und Schülern 934 Meeresabfälle mit einem Gesamtgewicht von 34,4 Kilogramm an einem 700 Meter breiten Sandabschnitt gesammelt. „Active Ocean Literacy“ ist eine weitere Projektinitiative, die zeitgleich in fünf portugiesischen Städten mit Fischereihäfen durchgeführt werden soll.

Die EU hat die Initiative mit einem Zuschuss von 2 436 930 EUR zum Gesamtbudget von 3 249 241 EUR unterstützt.

www.cleanatlantic.eu



gration fokussierten Ansatz bestens aufgestellt, um einen echten Beitrag zum europäischen Grünen Deal zu leisten.

In vielen Fällen entsteht größerer Mehrwert, wenn Herausforderungen über regionale und staatliche Grenzen hinweg gemeinsam und nicht alleine angegangen werden. In Anbetracht des grenzüberschreitenden Wesens und Umfangs der im Rahmen des europäischen Grünen Deals anzugehenden Herausforderungen ist klar, dass wir alle unsere Bemühungen verstärken müssen. Kurz gefasst: Wir können nur dann zu einem grünen und klimaneutralen Europa gelangen, wenn wir auf Zusammenarbeit setzen.

Der europäische Grüne Deal wird erhebliche Veränderungen mit sich bringen, daher sind die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit und Vertrauen in den Wandel unerlässlich für die erfolgreiche Umsetzung und die Akzeptanz der politischen Vorgaben. Der Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft ist sowohl Herausforderung als auch Chance für eine bessere Zukunft für alle. Dabei geht es um Menschen und ihr tägliches Leben: wie wir produzieren, verbrauchen, uns fortbewegen, unsere Häuser heizen oder kühlen, wie wir zusammenarbeiten und zusammenleben.

Zusammenarbeit stärken

Neben der Politik und der Gesetzgebung kommt den Bürgerinnen und Bürgern, den Gemeinschaften und den Organisationen in allen Bereichen unserer Gesellschaft und Wirtschaft eine wichtige Rolle zu. In diesem Sinne wird die Kommission im Rahmen des europäischen Grünen Deals einen europäischen Klimapakt ins Leben rufen, der eine breite gesellschaftliche Beteiligung an Maßnahmen für unser Klima und unsere Umwelt anregen soll. Der europäische Klimapakt dient der Information, der Inspiration und der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Menschen und Organisationen. Er wird auf bestehenden Aktivitäten aufbauen und diese erweitern, neue Maßnahmen hervorbringen und einbeziehen und dabei Möglichkeiten zum Lernen, zum Austausch, zur Mitgestaltung und zur Zusammenarbeit bieten.

Einmal mehr kann die Interreg-Gemeinschaft einen wichtigen Beitrag zur Erarbeitung dieses neuen Pakts leisten, indem sie ihre engen Kontakte zu multilateralen Kooperationszusammenschlüssen rund um gemeinsame Naturräume wie Seen und Gebirge ausspielt. Darüber hinaus kann sie ihre jahrelangen Erfahrungen mit verschiedenen Formen der Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen und unter Beteiligung verschiedenster Akteure nutzen.

Angesichts der internationalen Dimension des europäischen Grünen Deals bietet Interreg einen Rahmen für gemeinsames Handeln von Mitgliedstaaten untereinander sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern bei der Erarbeitung gemein-



samer Lösungen für gemeinsame Probleme. Interreg fördert grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch und erleichtert gemeinsames Vorgehen. Doch Interreg umfasst nicht nur die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit, sondern verankert diese darüber hinaus in einem strategischeren politischen Umfeld, etwa durch die makroregionalen Strategien der EU und die Anlaufstelle „Grenze“.

Die makroregionalen Strategien bilden einen Kooperationsrahmen für die bessere Koordinierung von EU-, nationalen und regionalen Mitteln in den jeweiligen geografischen Gebieten sowie für die Bündelung dieser Mittel in strategischen Projekten und Initiativen. Weil sie sektorenübergreifend und inklusiv sind und verschiedene politische Ebenen einbeziehen, tragen die makroregionalen Strategien zur kooperativen Dimension des europäischen Grünen Deals bei und fördern diese Dimension.

Potenziale ausschöpfen

Zusammen mit den makroregionalen Strategien der EU sind die Interreg-Programme wesentliche Instrumente für Themen wie den Erhalt der Artenvielfalt und saubere Energie, für die Zusammenarbeit, wie im europäischen Grünen Deal ausdrücklich niedergelegt, wichtig ist.

Zudem verbirgt sich, wie in der Mitteilung „Förderung des Wachstums und der Kohäsion in den EU-Grenzregionen“ skizziert, in diesen Regionen ein erhebliches unausgeschöpftes Potenzial. Dort können verstärkte Zusammenarbeit in Bezug auf Energie-, Klima- und Umweltziele sowie gemeinsame Investitionen in hohem Maße zum allgemeinen nachhaltigen Wiederaufbau beitragen.

Die von der GD REGIO eingerichtete Anlaufstelle „Grenze“ möchte diesen Prozess durch ihren Beitrag zum Abbau potenzieller rechtlicher und administrativer Hemmnisse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und durch Förderung von CO₂-Neutralität an den und über die EU-Grenzen hinweg unterstützen.



ENI CBC: GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTSINSTRUMENTS

„ZERO WASTE STRATEGY FOR GOOD ENVIRONMENTAL STATUS“ – MEERESBECKEN-PROGRAMM SCHWARZES MEER INTERREG ENI CBC 2014-2020

Dieses Projekt möchte zur allgemeinen Reduktion der Menge an sichtbarem Abfall (> 2,5 cm) (z. B. Kunststoffabfall, Abfälle aus der Fischerei oder Sanitärabfälle) entlang der Küsten sowie der Menge an Abfall pro Quadratmeter Meeresgrund (z. B. Abfälle aus der Fischerei) beitragen. Das Projekt wird in Odessa (Ukraine), Burgas (Bulgarien), Guria (Georgien) und Tekirdağ (Türkei) umgesetzt. Insgesamt sollen mindestens anderthalb Tonnen Abfall vom Meeresgrund und eine halbe Tonne Abfall von den Küsten und Stränden dieser Regionen gesammelt, sortiert und umweltverträglich entsorgt werden.

Dabei baut das Projekt auf den Ergebnissen des im Rahmen des operationellen Programms „Schwarzmeerraum 2007-2013“ geförderten Vorgängerprojekts „Integrated Land-use Management Modelling of Black Sea Estuaries (ILMM-BSE)“ auf. Die erste geplante Hauptaktivität ist die Sammlung und Entsorgung von ins Meer gelangtem Abfall. Derzeit wird in den vier Ländern eine „Nach Abfall fischen“-Kampagne organisiert, die 330 lokale Fischer anregen soll, den Meeresgrund von mindestens 1,5 Tonnen aufgegebener Fischereiausrüstung zu befreien.

Daneben laufen Strandsäuberungskampagnen, an denen sich Schülerinnen und Schüler im Alter von 7 bis 16 Jahren zusammen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern beteiligen. Das Projekt hofft, dass mindestens 1.600 Menschen dem Aufruf zur Reinigung der Küsten des Schwarzen Meeres folgen, und dass die so wichtige Sensibilisierung der Öffentlichkeit gelingt. Zielgruppe sind 75 Grund- und weiterführende Schulen, 50 Nichtregierungsorganisationen (NGO) und 25 lokale Medienorganisationen im Rahmen eines „Ökosystem-Bildungsprogramms“, das rund 4.500 Menschen einbezieht und u. a. mit Multimedialinstrumenten und Online-Spielen arbeitet.

Auch im Programmplanungszeitraum 2021-2027 wird einer der Schwerpunkte von Interreg darauf liegen, die Erreichung der Klimaziele und den Wandel hin zu einem grüneren, klimaneutralen und widerstandsfähigeren Europa zu unterstützen. Daher unterstreicht die Kommission nachdrücklich die Bedeutung von Umwelt, Klima und Energie sowie die Notwendigkeit für nachhaltige Entwicklung im allgemeineren Sinne als zentrale Überlegungen bei der Erarbeitung aller Interreg-Programme nach 2020.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird auch in allen vorgeschlagenen Verordnungen über die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021-2027 unterstützt. Im neuen Programmplanungszeitraum soll nach Vorschlag der Kommission die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Mitgliedstaaten im Rahmen der „allgemeinen“ kohäsionspolitischen Programme erleichtert und gestärkt werden. Dies erleichtert auch die verstärkte Zusammenarbeit an Energie-, Klima- und Umweltzielen. ➤

IPA CBC: GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT IM RAHMEN DES INSTRUMENTS FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE

„PESCAR: PESTICIDE CONTROL AND REDUCTION“ – PROGRAMM INTERREG IPA CBC KROATIEN-BOSNIEN UND HERZEGOWINA 2014-2020



Ziel des Projekts PESCAR sind der Schutz und die Erhaltung der Umwelt, die Anregung einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und die Erhöhung der institutionellen Kapazität im Hinblick auf den Umweltschutz. Als Reaktion auf den zunehmenden Einsatz von Pestiziden in der grenzüberschreitenden Region Kroatiens und Bosniens und Herzegowinas wurde im Rahmen des Projekts ein Warn- und Vorhersagesystem für Pflanzenschädlinge und -krankheiten entwickelt. Meteorologische Geräte und visuelle Schädlingsbekämpfungsposten geben Warnungen zu Wetter und Schäden durch Schädlinge aus.

Entstanden ist außerdem eine gemeinsame Datenbank von landwirtschaftlichen Betrieben, die Empfehlungen auf der Grundlage der Daten zu lokalem Wetter und Entwicklungsstadien von Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbefall erhalten. Zudem werden zugunsten der nachhaltigen Vermeidung von Pestizidbelastung Daten aus dem Vorhersagesystem gezogen und für einen Aktionsplan sowie konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Pestizidbelastung im Projektgebiet genutzt.

An dem inklusiven Projekt beteiligt sind u. a. eine Kreisverwaltung, ein Ministerium, eine Entwicklungsagentur, eine Hochschule und ein Landwirtschaftsinstitut. Gemeinsam bemühen sie sich um die Begrenzung der durch Pestizide verursachten Schäden, insbesondere dort, wo der Klimawandel die Produktion beeinträchtigt und landwirtschaftliche Betriebe nicht über ausreichend Informationen für einen gezielten oder eingeschränkten Einsatz von Pestiziden verfügen. Da die Pestizidbelastung nicht an Landesgrenzen Halt macht, dient das entwickelte System dem Schutz der Umwelt, der Gemeinschaft und der Wirtschaft in der gesamten Region. Im Rahmen des Projekts entstanden hilfreiche Publikationen zum gezielten Einsatz von Pestiziden und es wurden Weiterbildungsseminare und Landwirtschaftsmessen organisiert.

Am PESCAR-Projekt, das im Juli 2017 startete und im Dezember 2019 zu Ende ging, waren fünf Partner aus Kroatien und Bosnien und Herzegowina beteiligt. Kofinanziert wurde das Projekt mit 511 393,35 EUR aus dem EFRE und dem IPA II unter Prioritätsachse 2: „Umwelt- und Naturschutz, Verbesserung der Risikoprävention und Förderung von nachhaltiger Energie und Energieeffizienz“ im Rahmen des Programms Interreg IPA CBC Kroatien-Bosnien und Herzegowina im Finanzierungszeitraum 2014-2020.

<https://www.agroprognoza.eu/>

<https://www.interreg-hr-ba-me2014-2020.eu/project/pescar/>

<https://keep.eu/projects/19741/>

CBC: GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

SAPOLL: INTERREG FRANKREICH-WALLONIE-FLANDERN



Wilde Bestäuber sind in der grenzüberschreitenden Region Frankreich-Wallonie-Flandern eine wertvolle, aber stark gefährdete Ressource. Um sie zu schützen, bedarf es der Einrichtung einer grenzüberschreitenden Organisation, die koordinierte Maßnahmen und Synergien zwischen den Regionen erleichtert. Hingegen sind isolierte Maßnahmen zu beiden Seiten der Grenzen im Hinblick auf die nachhaltige Verwaltung dieser wesentlichen Ressource wenig erfolgversprechend. Es geht um viel, denn wilde Bestäuber, wie etwa wilde Bienen, Schwebfliegen und Schmetterlinge, sind entscheidend für den Erhalt unserer Landwirtschaft und Ökosysteme.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, arbeitete das Projekt SAPOLL gemeinsam mit Interessengruppen aus der Wallonie, Flandern und Nordfrankreich an der Umsetzung eines grenzüberschreitenden Aktionsplans für wilde Bestäuber. Dieser Plan brachte Maßnahmen zum Schutz der Bestäuber hervor, indem er die dazu notwendige didaktische

und praktische Grundlage bereitstellte, u. a. gerichtet an Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungsträger, Unternehmen und die Landwirtschaft. In dem in Zusammenarbeit mit den Akteuren aus der grenzüberschreitenden Region erarbeiteten Aktionsplan wurden die Herausforderungen und Zielsetzungen für die Region sowie die zum Schutz der Bestäuber umzusetzenden Maßnahmen und Aufgaben definiert.

Darüber hinaus organisierte das SAPOLL-Projekt Maßnahmen, die den Aktionsplan ergänzen und Voraussetzung für seine erfolgreiche Umsetzung sind. Konkret zielten diese Maßnahmen auf die Abstimmung und den Austausch von Kompetenzen in der grenzüberschreitenden Region, in der wissenschaftliche Erkenntnisse, Erfahrungen mit Sensibilisierung und Naturkompetenzen bis dahin stark variierten. Umgesetzt wurden Maßnahmen zugunsten von Aufklärung, Kommunikation, Sensibilisierung und partizipativer Wissenschaft. Auf diese Weise sollten möglichst viele Menschen über die mit dem Absterben der wilden Bestäuber einhergehenden Probleme informiert werden. Weitere Ergebnisse des Projekts umfassen die Mobilisierung von Beobachtungsnetzwerken im Sinne der Verknüpfung und Abstimmung im Ökosystem in der Grenzregion durch Arbeitsgruppen und Fortbildungsmaßnahmen, die wissenschaftliche Beobachtung der wilden Bestäuber in der gesamten Grenzregion sowie die Beschreibung wichtiger Gebiete für Bestäuber und die Bestäubung.

www.sapoll.eu

EINE NEUE FOLGE DES PODCASTS „DAS IST EUROPA“ IST ONLINE VERFÜGBAR

Die neueste Folge des Interreg-Podcasts „Das ist Europa“ erzählt Geschichten von Zusammenarbeit, Freundschaft und der guten Nachbarschaft in der EU.

Eine neue Straßenbahnlinie verbindet das französische Straßburg mit der deutschen Nachbarstadt Kehl. Cathy Gebhart-Levy, Mobilitätsplanerin in Straßburg, nimmt uns mit auf eine Fahrt über den Rhein und berichtet davon, wie die neue Straßenbahnverbindung die Beziehung der beiden durch eine lange, komplexe Geschichte miteinander verbundenen Städte gestärkt hat. Andrej Medved ist Ortsvorsteher von Šmarje, einem Dorf im ländlichen Slowenien, wo er der verbreiteten Abwanderung entgegenwirken möchte, indem er mit Hilfe kühner und innovativer Projekte die Chancen, die Europa eröffnet, direkt ins Herz seiner kleinen Gemeinschaft holt. Und schließlich reisen wir in einen kleinen Küstenort in Spanien, wo ein Fischer eine Möglichkeit gefunden hat, Tradition und Innovation zusammenzuführen.

Hier anhören und abonnieren: <https://this-is-europe.simplecast.com/episodes/neighbours>



CBC: GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT



EUROPÄISCHES FORSCHUNGSPROJEKT ZUR VERWENDUNG VON BIO- UND ABFALLRESSOURCEN IM BAUWESEN: FÖRDERUNG EINER KREISLAUFWIRTSCHAFT

Das Projekt „Sustainable Bio & Waste Resources for Construction“ (SB&WRC), unterstützt vom Programm Interreg VA Frankreich (Ärmelkanal) England und finanziert mit EFRE-Mitteln, ist eine grenzüberschreitende Forschungs- und Entwicklungskooperation unter Beteiligung von vier Hochschulen, zwei Verbänden, einem kleinen Unternehmen und einem internationalen Konzern. Gemeinsam arbeiteten sie an der Umwandlung von ungenutzten, für wertlos befundenen landwirtschaftlichen Nebenprodukten und Abfällen in gewerblich nutzbare CO₂-arme Dämmstoffe für das Bauwesen.

Das Projekt SB&WRC setzte seine selbst gesteckten Ziele erfolgreich um. Aus allgemeinen landwirtschaftlichen Nebenprodukten (Weizenstroh und Maisfasern) und recyceltem Abfall (Bettdecken aus Polyester) wurden drei innovative, CO₂-arme Prototypen für die Wärmeisolierung im Bauwesen entwickelt und hergestellt.

Durch die Mobilisierung von erneuerbaren Ressourcen zur Effizienzsteigerung von Gebäuden trägt das Projekt zur Verringerung der CO₂-Emissionen und dem Schutz natürlicher Ressourcen, etwa der für konventionelle Dämmstoffe genutzten Mineralien, bei.

Ebenso wichtig war dem Projekt, Interessenträger aus dem Bauwesen in Frankreich und England bezüglich der Vorteile dieser neuen Baustoffe zu sensibilisieren, sie mit Blick auf eine gewerbliche Nutzung für die Fortsetzung der Prototypenentwicklung über das Projektende hinaus zu gewinnen und den Einsatz der neuen Baustoffe im Allgemeinen zu beschleunigen. Über 19000 Akteure aus dem Bauwesen waren mit dem Projekt befasst: über Veranstaltungen, Seminare, die Produktion und Erprobung von Prototypen im Miniaturformat und die betriebliche Anwendung der Prototypen an Pilotstandorten, Konferenzen, zwei Online-Gemeinschaften (je eine in französischer und englischer Sprache), Newsletter und eine Online-Befragung zu Wahrnehmungen und Erwartungen.

Auf wissenschaftlicher Ebene ist es dem Projekt gelungen, die für den wissenschaftlichen Erfolg des Projekts erforderlichen exklusiven technischen Kompetenzen zusammenzuführen und eine kritische Masse an Interessenvertretern mit dem Potenzial zur Beeinflussung von Markttrends zu erreichen. Mit einer Kooperation auf nationaler Ebene wäre dies weitaus schwieriger gewesen.

Die EU wird 69% der Gesamtprojektbudgets in Höhe von voraussichtlich 1,8 Mio. EUR finanzieren (1,26 Mip. EUR aus dem EFRE).

<https://www.construction21.org/static/sbwrc-project.html>

<https://asbp.org.uk/sbwrc>

Es gibt kein Patentrezept für regionale Entwicklung im Allgemeinen und für territoriale Zusammenarbeit im Besonderen. Dennoch bilden Grundsätze wie Partnerschaft, Transparenz, Subsidiarität und Teilhabe der Zivilgesellschaft zusammen einen wichtigen Faktor in der Entwicklungspolitik. Sie stärken die Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren und verfügen über das Potenzial, Effizienz mit Dezentralisierung und aktiver Beteiligung zu verbinden.

Diese Grundsätze sind das, was Interreg im Kern ausmacht. In all seinen Formen ist Interreg, indem es Vertrauen und Respekt im menschlichen Miteinander schafft, ein Instrument, das nicht nur zur Stärkung des Zusammenhalts innerhalb der EU dient, sondern auch die europäischen Werte wirksam über die Grenzen der EU hinaus trägt. Die genannten Aspekte sind entscheidend, um die erfolgreiche Umsetzung der ehrgeizigen Ziele des europäischen Grünen Deals zu unterstützen. ■

Die EU-Strategie für den adriatisch-ionischen Raum heißt Nordmazedonien willkommen

Am 2. April 2020 hat die EU-Strategie für den adriatisch-ionischen Raum (EUSAIR) die Republik Nordmazedonien als neuntes Teilnehmerland aufgenommen. Dies sind sehr gute Nachrichten für die regionale Zusammenarbeit im gesamten adriatisch-ionischen Raum. Gelegenheit für Agneza Rusi Popovska, EU-Botschafterin von Nordmazedonien, und Marc Lemaître, Generaldirektor der GD REGIO, Grußworte an das neueste EUSAIR-Mitglied zu richten.



Agneza Rusi Popovska

Nordmazedonien ist das neunte EUSAIR-Teilnehmerland und reiht sich damit neben Albanien, Bosnien und Herzegowina, Griechenland, Kroatien, Italien, Montenegro, Serbien und Slowenien ein. Wir sind dankbar für die Unterstützung bei der Aufnahme in die EUSAIR-Familie und freuen uns darauf, einen Beitrag zur Stärkung der Zusammenarbeit in der Region und zur Erweiterung des politischen Dialogs auf verschiedenen Ebenen zugunsten einer inklusiveren und nachhaltigen adriatisch-ionischen Makroregion leisten zu können.

Regionale Zusammenarbeit ist entscheidend für nachhaltige Entwicklung und eine Grundvoraussetzung für die europäische Integration. Als Binnenland im Einzugsgebiet des adriatisch-ionischen Meeresbeckens ist Nordmazedonien hochmotiviert, die Partnerschaften und

Verbindungen auszubauen, die Wirtschaftswachstum und Wohlstand in der Region sichern, europäische Werte stärken und die europäische Integration der Region voranbringen.

Bessere Verbindungen schaffen

Dass wir gemeinsam mit Italien und Serbien die Zuständigkeit für die Koordination der EUSAIR-Säule Anbindung der Region übernehmen werden, ist eine Ehre für Nordmazedonien. Diesem Vertrauen möchten wir gerecht werden, indem wir die funktionale Integration der Verkehrs- und Energienetze sowohl innerhalb der Region als auch europaweit proaktiv fördern. Bessere Verkehrs- und Energienetze sind essenziell für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, doch greifbare Ergebnisse lassen sich nur mit einem kooperativen und koordinierten Ansatz erzielen, mit dem Herausforderungen bewältigt und Möglichkeiten erschlossen werden können.

Nachdem die EU im März 2020 beschlossen hat, die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien zu eröffnen, hoffen wir, dass unsere Aufnahme in die EUSAIR nicht nur die politische Dimension der Strategie stärken wird, sondern auch den Prozess der Integration der Region und anderer potenzieller Beitrittskandidaten in die EU. Die Vertiefung der Erfahrung mit der Umsetzung der EU-Politik stärkt die transformative Kraft der EU in der Region und fördert

die Stabilität, die Sicherheit und den Wohlstand der Gemeinschaft.

Die Coronavirus-Pandemie hat in grundlegender Weise die Bedeutung von enger Zusammenarbeit, Koordination und Solidarität bei der Bewältigung der Krise und ihrer sozioökonomischen Auswirkungen unterstrichen. Wie in der Abschlusserklärung des EU-Westbalkan-Gipfels im Mai 2020 betont, wird auf die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus eine neue Phase der engen Zusammenarbeit folgen, in der es um die Bewältigung der erheblichen sozioökonomischen Folgen der Krise gehen wird.

Die Europäische Kommission wird einen stabilen Wirtschafts- und Investitionsplan vorlegen, um die langfristige Erholung der Region anzuregen und gleichzeitig den grünen und digitalen Wandel in der Region voranzubringen. Dadurch werden Verbindungen ausgebaut und wird die soziale Entwicklung gefördert. Die Mitgliedstaaten und Interessengruppen der EUSAIR sollten die Chancen nutzen, die sich aus der Bewältigung der Coronavirus-Krise durch die EU und aus der frischen Dynamik der EU-Integration auf dem Westbalkan ergeben, und sollten ergebnisorientierte Zusammenarbeit zur Anregung nachhaltiger Entwicklung in der adriatisch-ionischen Makroregion pflegen.



Marc Lemaître

Die Einbindung Nordmazedoniens in die EUSAIR stärkt die politische Dimension dieser Strategie sowie ihre Rolle in den Konvergenz- und Erweiterungsprozessen. EUSAIR wird hierdurch zur makroregionalen Strategie der „Erweiterung“, die fünf Länder des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) und vier EU-Mitgliedstaaten zusammenbringt. Die Zusammenarbeit auf Augenhöhe trägt dazu bei, voneinander zu lernen und sorgt dafür, dass die einschlägige EU-Politik in Nordmazedonien Anklang findet. Zugleich fördert sie die Prioritäten der neuen Kommission mit besonderem Schwerpunkt auf einem „stärkeren Europa in der Welt“ und dem „europäischen Grünen Deal“.

Die Folgen der COVID-19-Pandemie für Europa und den Rest der Welt sind verheerend. Obwohl die EU vom Coronavirus selbst schwer getroffen worden ist, leistet sie grundlegende, historische Hilfe für den Westbalkan. Sie hat über 3,3 Mrd. EUR für die Bewältigung der drängendsten gesundheitlichen und humanitären Probleme und für die Unterstützung mittel- und langfristiger Pläne für den sozioökonomischen Wiederaufbau bereitgestellt.

Nachhaltig und inklusiv

Darüber hinaus hat die Kommission am 27. Mai 2020 einen beherzten, umfassenden Aufbauplan für Europa vorgelegt, dessen drei Kernwerte Solidarität, Zusammenhalt und Konvergenz sind. Ich bin davon überzeugt, dass der Kooperationsrahmen der EUSAIR in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle spielen kann. Nicht nur, um besser auf die drängendsten grundlegenden Bedürfnisse zu reagieren, sondern auch um die Grundlage für ein nachhaltigeres, inklusives Wachstum im adriatisch-ionischen Raum zu schaffen.

Die Aufnahme Nordmazedoniens kam zum richtigen Zeitpunkt, weil die Kommission, die Mitgliedstaaten und die

IPA-Länder gerade mit der Programmplanung für den Finanzierungszeitraum 2021–2027 befasst sind. Es ist an der Zeit, sicherzustellen, dass die EUSAIR-Schwerpunkte in allen relevanten EU-Fonds berücksichtigt und im Wege der Zusammenarbeit umgesetzt werden. Ich bin sicher, dass Nordmazedonien mit Unterstützung der Verwaltungsbehörden in den anderen EUSAIR-Ländern von den Chancen der makroregionalen Zusammenarbeit profitieren wird.

Ich lade Nordmazedonien ein, sich aktiv an allen EUSAIR-Verwaltungsstrukturen zu beteiligen, seine Erfahrungen als EU-Beitrittskandidat in alle relevanten Sektoren einzubringen und diese Erfahrung in Zusammenarbeit mit allen Ländern der Region zu nutzen. Alle verfügbare positive Energie wird notwendig sein, um die Wirtschaft in den EUSAIR-Ländern anzukurbeln, den zweifachen digitalen und grünen Wandel in diesen Ländern zu beschleunigen und sie gerechter, widerstandsfähiger und nachhaltiger für zukünftige Generationen zu machen. ■

MEHR DAZU

<http://www.adriatic-ionician.eu/>



Emilia-Romagna: Talente anwerben und Innovation schaffen

Mit ihren geschichtsträchtigen Universitäten und modernsten Produktionsverfahren, einer hohen Lebensqualität, Dienstleistungen nach europäischen Standards und einer starken Verkehrsinfrastruktur ist die Emilia-Romagna ein strategisches Drehkreuz in Italien und Europa.

Die Emilia-Romagna zählt zu den wirtschaftlich am stärksten entwickelten Regionen Italiens. In den vergangenen 20 Jahren hat die Region ein Netzwerk an Verknüpfungen zwischen Forschung und Industrie, zwischen der Arbeitswelt und dem Bildungssektor aufgebaut und so eine Dynamik geschaffen, welche die Anpassung an und die Reaktion auf wirtschaftliche Schwankungen ermöglicht und einen Innovation und Attraktivität fördernden Rahmen bildet.

Heute setzt sich die Emilia-Romagna für die Förderung von Entwicklung und Zukunftsperspektiven für alle, insbesondere für junge Menschen und deren Kinder, ein. Sie werden in einer europäischen Region leben und aufwachsen können, die, auch im Hinblick auf umfassendere Veränderungen, ihr Potenzial für Wandel im besten Sinne genutzt hat.

Gelegen im nördlichen Mittelitalien, ist die 4,5 Millionen Einwohner zählende Emilia-Romagna im Herzen des am stärksten industrialisierten Teils des Landes situiert. Die geografische Lage der Region ist beneidenswert: Sie verbindet den Norden und Süden Italiens sowie die europäische Mittelmeerregion, Nord- und Mitteleuropa mit den Ländern auf der anderen Seite des Adriatischen und des Ionischen Meers. Ihren Namen verdankt die Region der alten römischen Straße „Via Emilia“, die, wie auch die dicht besiedelte Küste, Touristen aus aller Welt anzieht.

Mit einer Fläche von 22452 km² mit Ebenen, hügeligen Gebieten und dem Gebirgszug Apennin erstreckt sich die Emilia-Romagna über neun Provinzen. Dazu zählt die Hauptstadt der Provinz, die Großstadt Bologna, in der die älteste Universität der westlichen Welt steht. Sie datiert aus dem 11. Jahrhundert.

Die Emilia-Romagna gehört zu den führenden Landwirtschaftsregionen Italiens. Auch dank des Beitrags der über 8000 Genossenschaften hat die Landwirtschaft einen Anteil von rund 6% am BIP. Um sich wettbewerbsfähiger aufzustellen, hat der Landwirtschaftssektor einen strukturellen Wandel eingeleitet und sich der Erzeugung von hochwertigen Erzeugnissen verschrieben, darunter Getreide, Kartoffeln, Mais, Tomaten, Zwiebeln, Obst und Trauben für die Weinproduktion. Die Vieh- und Schweinezucht sind ebenfalls gut entwickelt.

Intelligente Wirtschaftsmotoren

Zugunsten einer stabilen, offenen, nachhaltigen und globalen Wirtschaft hat sich die Region kürzlich zur Umsetzung der Strategie für intelligente Spezialisierung verpflichtet, dem Instrument zur Verbesserung der Wirksamkeit der Politik für öffentliche Forschung und Innovation in Europa. Im Zuge dessen hat die Region in Branchen investiert, die die Wirtschaft in der Region antreiben, u. a. Bau, Landwirtschaft und Lebensmittelbranche, Mechatronik und Maschinenbau, aber auch in aufstrebende Bereiche der Lebenswissenschaften, Big Data und der Kreativwirtschaft.

Zur Stärkung der Impulsgeber des Wandels entwickelt die Region außerdem die Sektoren IKT, grüne Wirtschaft, Erholung und Lebensqualität und unterstützt Innovationen und Modernisierung im Dienstleistungsbereich sowie ökologische Nachhaltigkeit von Produktionssystemen.

In den vergangenen fünf Jahren ist die Wirtschaft in der Region kontinuierlich gewachsen und hat damit ihre Position als eine der führenden Wirtschaftsregionen in Italien weiter ausgebaut. Das BIP pro Einwohner lag größtenteils über dem Landesschnitt mit jährlichen Schwankungen zwischen 0,5% und 1,5% sowie einer Veränderung von 4,1% für den Zeitraum 2017 bis 2024 gegenüber dem nationalen Durchschnitt von 2,3% (Schätzungen vor der Coronavirus-Krise).

Der Export gehört traditionell zu den wirtschaftlichen Stärken der Emilia-Romagna, die gemessen am Exportwert die zweitstärkste Region Italiens ist und gemessen am Pro-Kopf-Export zu den führenden Regionen Europas gehört. Im Jahr 2019 verzeichnete die Region ein Exportwachstum von 4,8% im Vergleich zum Vorjahr und lag damit weit über dem nationalen Schnitt (+2,5%) und dem Wachstum der Regionen Lombardei (0,4%) und Venetien (1,1%). In den ersten neun Monaten des Jahres 2019 überschritten die Exporte aus der Emilia-Romagna einen Wert von 49 Mrd EUR, womit die Region auf Platz 2 hinter der Lombardei rangierte. Auch das Wachstum der Tourismusbranche in der Region war zuletzt überaus positiv: In den ersten zehn Monaten des Jahres 2019 wurden über 57,4 Millionen Besucher gezählt (+1,8% im Vergleich zum Vorjahr).

Und schließlich stieg die Erwerbsquote 2019 auf 74,4%. Damit steuert sie, bei über zwei Millionen weiteren offenen Stellen, auf den europäischen Zielwert von 75% bis zum Jahr 2020 zu und liegt fast 11 Prozentpunkte über dem nationalen Durchschnitt.

Diese eindrucksvollen Zahlen gehen über die regionalen wirtschaftlichen Werte hinaus; sie eröffnen eine größere Perspektive. In der Emilia-Romagna findet sich traditionell eine einzigartige Konzentration von Organisationen und Unternehmen derselben Wertschöpfungskette im gleichen geografischen Gebiet. Begünstigt wird dies durch eine Mentalität und Praxis des Teilens, selbst unter Wettbewerbern und mit den damit zusammenhängenden



sozialen Auswirkungen, Unternehmergeist, sozialen Dialog und kontinuierlichen Austausch zwischen dem Bildungssektor und der Wirtschaft. Die Fähigkeit, sich diese günstigen Bedingungen zunutze zu machen, gehört zu den wichtigsten Stärken dieses regionalen Ökosystems, das eine entscheidend Rolle in verschiedenen Bereichen hat übernehmen können, allen voran bei der digitalen Transformation.

Wirkung der Kohäsionspolitik

Im Finanzierungszeitraum 2014-2020 hat die Emilia-Romagna die Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Sozialfonds bestmöglich genutzt. Als eine der Regionen Italiens und Europas, die Finanzmittel am wirksamsten einsetzen und die meisten Projekte finanzieren, hat die Emilia-Romagna ein territoriales Systems aktiviert und aufgebaut, das lokale Einrichtungen, kleine, mittlere und große Unternehmen, Schulen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Organisationen des Dritten Sektors umfasst. Durch die Finanzierung von technologischer Innovation und die Förderung der Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft hat die Emilia-Romagna ihre Produktivität gesteigert, ihre Energieeffizienz verbessert und ihre digitale Kultur ausgebaut. Dabei hat sie immer auf die Profile der einzelnen Gebiete und deren Fähigkeit zur Festlegung neuer Entwicklungsziele aufgebaut. Daher wurden neben der Produktivität die Bereiche Forschung und Innovation, soziale Verantwortung und Innovation gefördert.



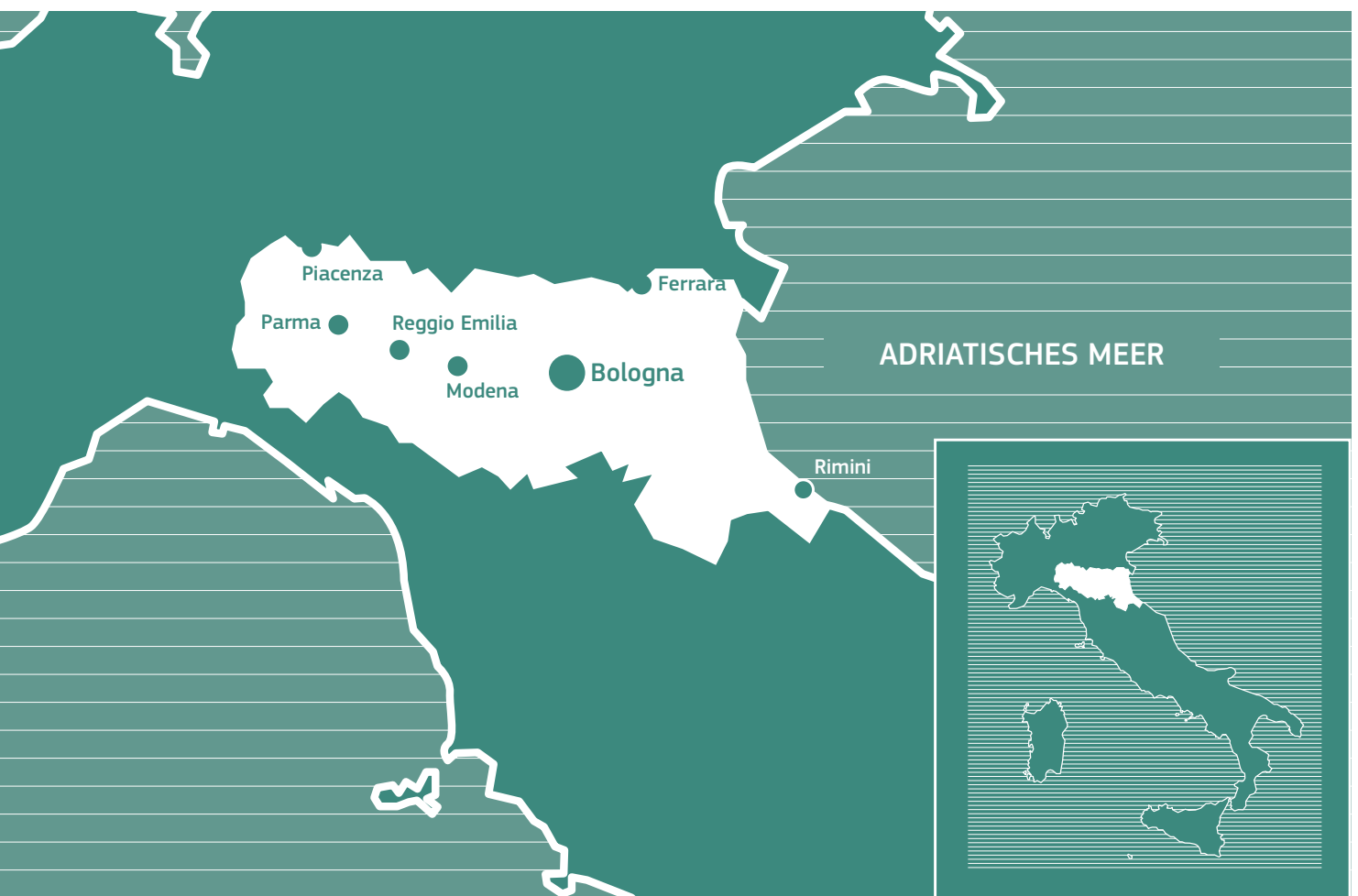
Soziale Harmonie und Zusammenhalt gehören zum Wesen der Emilia-Romagna. Auch in dieser Hinsicht ist es der Region gelungen, die Kohäsionspolitik breitgefächert umzusetzen. Den Beweis dafür lieferte das verheerende Erdbeben im Jahr 2012, als die EU umgehend reagierte und den Wiederaufbau in den vielen betroffenen Gebieten und damit die Wiederaufnahme der Produktionstätigkeiten unterstützte. Ermöglicht wurden Wiederaufbau und Produktionsumverteilung auch durch die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt der lokalen Unternehmen. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit zeigt sich auch aktuell in der Krise aufgrund der COVID-19-Pandemie.

Sechs wirtschaftliche Prioritäten

Das regionale operationelle Programm (ROP) unter dem Dach des EFRE im Finanzierungszeitraum 2014-2020 wurde als Weg hin zu intelligentem, nachhaltigem Wachstum eingerichtet. Humanes und territoriales Kapital standen im Mittelpunkt regionalpolitischer Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Gebieten und Städten. Dadurch entstanden neue Möglichkeiten für Beschäftigung und Unternehmensentwicklung und wurde die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt. Dazu flossen 481,8 Mio. EUR für den Zeitraum 2014-2020 in nationale und regionale Fonds.

Im regionalen operationellen Programm wurden sechs strategische Prioritäten für die wirtschaftliche Entwicklung in der Emilia-Romagna festgelegt: Forschung und Innovation für den Technologietransfer in das gesamte Produktionssystem; Entwicklung der IKT für den Breitbandausbau in der gesamten Region; Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität von Unternehmen und Steigerung der Beschäftigung; eine CO₂-arme Wirtschaft zwecks Senkung der Umweltauswirkungen auf die Wirtschaft in der Region; Umwidmung und Verbesserung von ökologischen und kulturellen Ressourcen zwecks Anregung des Tourismus und Verbesserung der regionalen Leistung sowie attraktive und partizipative Städte als Orte der Chancen, sozialen Interaktion und potenziellen Neugestaltung echter Teilhabe an der Gemeinschaft.

Bis Ende 2019 waren die aus dem ROP EFRE 2014-2020 verfügbaren Mittel vollständig abgerufen. 480 Mio. EUR waren zugewiesen, was 99,6% der insgesamt zur Verfügung gestellten Mittel entspricht. 3460 Projekte waren über Bewerbungsverfahren ausgewählt worden, von denen 1407 Projekte inzwischen abgeschlossen sind. Insgesamt belaufen sich die Investitionen auf 832,4 Mio. EUR.



Jede Investition zielt auf das langfristige Wachstum in der Region. Dazu wurden zum Beispiel über 23 Mio. EUR für die Umwidmung von Kulturgütern zugunsten der Weiterentwicklung von Kultur und Tourismus bereitgestellt. Auf dieser Grundlage hat die Region strategisch auf die Rolle der lokalen Gemeinschaften bei der Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und auf die Erkenntnis gesetzt, dass globaler Wettbewerb stark davon abhängt, inwieweit eine Region ihre eigene Identität, ihre Produktion sowie ihr soziales und kulturelles Kapital erweitern kann und Unternehmen, Arbeitskräfte und innovative Projekte mit hohem Mehrwert anziehen kann. Beide Ziele erfordern Synergien zwischen öffentlichen und privaten Investitionen sowie zwischen Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Lebensqualität gerichteten Strategien auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Zu den Schwerpunkten gehört auch die Förderung von Forschung und Innovation. Offenkundig ist nämlich die Fähigkeit der Emilia-Romagna, Ideen zu entwickeln und Erfahrungen und Kompetenzen erfolgreich einzusetzen. Schon im Rahmen früherer EU-finanzierter Programme hatte die Region mit dem Aufbau eines Hochtechnologienetzwerks zur Entwicklung des regionalen Innovationsökosystems begonnen. Dieses Netzwerk war Multiplikator für industrielle Forschung, Technologietransfer und Attraktivität in Sachen Innovation und schuf die Grundlage für Ergebnisse mit internationaler Tragweite. Erzielt wurde dies durch Konzentration auf zwei Hauptaspekte: Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Auf diese Weise hat die Region gezeigt, dass sie in der Lage ist, sich wichtiger europäischer Herausforderungen anzunehmen, nicht zuletzt im Bereich Big Data.

Internationale Anerkennung

Das konsolidierte Ökosystem und die integrierten regionalpolitischen Maßnahmen im Bereich Forschung und Innovation waren ausschlaggebend für die Verleihung zweier wichtiger Ehrungen in den Jahren 2017 und 2019. Erstens die Einrichtung des Europäischen Zentrums für die mittelfristige Wettervorhersage und zweitens Leonardo, der Hochleistungsrechner mit außergewöhnlicher Rechenleistung, der, so er in Betrieb wäre, der weltweit leistungsstärkste seiner Art wäre. Damit wurde Bologna zusammen mit Barcelona und Helsinki in das europäische Netzwerk für Hochleistungsrechnen aufgenommen.

Diese umfassende Digitalinfrastruktur basiert auf menschlicher Intelligenz. Deshalb hat die Region umfassend in wichtige Kompetenzen in diesem Sektor investiert. Dafür wurden Mittel aus operationellen Programmen unter dem Dach des Europäischen Sozialfonds bereitgestellt und Promotionsprogramme sowie Promotions- und Forschungsstipendien aufgelegt. Zudem flossen über 900 000 EUR in innovative Hochschulprogramme rund um Big Data. Auf diese Weise sollen Personen mit Hochschulabschluss Wissen und Kompetenzen erwerben, die sie in die Lage versetzen, Big Data in Informationen mit hohem Mehrwert für die Organisationen, für die sie tätig sind, umzuwandeln. Dank dieser Maßnahmen und des internationalen Profils des Innovationsökosystems der Region zieht die Emilia-Romagna heute hochqualifizierte junge Talente aus dem Ausland an und ermöglicht ihnen fachliche Weiterentwicklung.

Bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik setzt die Region auch in Zukunft schwerpunktmäßig auf die Stärkung der Verbindung zwischen Institutionen, allgemeiner und beruflicher Bildung, Forschung und Produktion. Dank der durch europäische Mittel gestützten Erfolge und einer Strategie, die die Herausforderungen von heute abzuschätzen vermag, ist die Emilia-Romagna bereit, zum Datenzentrum Europas zu werden, und kann eine führende Rolle in der digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen.

Auf diese Weise hat die Region ihre Reaktionsfähigkeit auf moderne Herausforderungen unter Beweis gestellt, zum Beispiel während der COVID-19-Pandemie. Innerhalb weniger Wochen haben Unternehmen und Forschungslabors 190 Forschungsprojekte vorgelegt, deren Themen von Desinfektionsmethoden über Abstandstechnologien und Ferndistanzaktivitäten bis hin zu neuen medizinischen Geräten reichen. ■

MEHR DAZU

<https://www.regione.emilia-romagna.it/>

Die Emilia-Romagna unterstreicht ihre Selbstverpflichtung zur Gestaltung einer besseren Zukunft

Stefano Bonaccini, Regionalpräsident der Emilia-Romagna, erklärt, wie seine Region die Förderung durch die EU optimal nutzt, um in ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit zu investieren.



Die Emilia-Romagna hat bewiesen, dass sie in der Lage ist, bestmöglichen Nutzen aus den Finanzmitteln der EU zu ziehen. Welche Faktoren haben Ihrer Ansicht nach dazu beigetragen?

Es gibt mindestens zwei ausschlaggebende Faktoren. Der erste ist die Fähigkeit der Verwaltung, Mittel entsprechend den Anforderungen und dem Potenzial eines Gebiets pragmatisch, schnell und mit dem Willen zum Erfolg zu verteilen. Der zweite ist die Fähigkeit des Gebiets selbst – also der Kommunen, Besucherinnen und Besucher sowie der einzelnen Personen – Chancen zu ergreifen, sei es ein Auswahlverfahren für innovative Produktionsprozesse oder ein Hochschulkurs.

In der Emilia-Romagna sind diese beiden Faktoren zusammengewachsen, mit jedem Programm ein Stückchen mehr. Da ist aber noch ein dritter entscheidender Faktor: der soziale Dialog. Im Jahr 2015 haben wir umgehend nach Bewilligung der operationellen Programme des EFRE und des ESF für den Zeitraum 2014–2020 den Beschäftigungspakt mit allen Akteuren in der Region geschlossen. Über 50 Organisationen, darunter auch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, lokale Verwaltungen, der Dritte Sektor, Hochschulen und Schulen, haben die Planung der Entwicklungs- und

Kohäsionspolitik in der Emilia-Romagna systematisch unterstützt. Sie haben Prioritäten gesetzt und Maßnahmen umgesetzt, die einem gemeinsamen Ziel dienen: der Steigerung des Mehrwerts der Wirtschaft der Region durch die Schaffung hochwertiger Beschäftigung. Inzwischen sind die Mittel für den Finanzierungszeitraum 2014–2020 voll ausgeschöpft, und die Arbeitslosigkeit ist in den letzten fünf Jahren – vor der Pandemie – von 9% auf 5% gesunken. Wir nutzen die europäischen Mittel zu 100% und würden immer noch mehr ausgeben, wenn wir mehr Mittel bekommen könnten. Diese Mittel bilden eine der Säulen, auf die unser Wiederaufbauplan für die kommenden Monate fußt.

An der Programmplanung für den Zeitraum 2021–2027 wird bereits seit einiger Zeit gearbeitet. Welche Prioritäten sind für die Emilia-Romagna festgelegt worden?

Im Zuge der COVID-19-Pandemie hat der Wiederaufbau der Region derzeit oberste Priorität. Diesbezüglich begrüßen wir sehr, dass unser Antrag auf strategische Neuausrichtung der Europäischen Strukturfonds angenommen wurde und die Fonds bereits für den durch die Coronavirus-Krise entstandenen Neubedarf bereitgestellt wurde. Als erste Region Italiens

neben der Toskana und als eine der ersten Regionen Europas dürfen wir die durch die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII) ermöglichte Flexibilität nutzen. Daher werden wir nach Ende der Ausgangsbeschränkungen die ersten 8,3 Mio. EUR zur Finanzierung von Industrieprojekten und Forschungszentren für innovative Lösungen aufwenden. Gesundheitsschutz wird zur neuen Branche in der Emilia-Romagna. Die Anerkennung durch die Kommission bestärkt uns darin, dass wir durch die Verwendung zusätzlicher Ressourcen auf dem richtigen, rechtschaffenen Weg hin zur endgültigen Bewältigung der Krise sind, die unser Leben in den vergangenen Monaten geprägt hat.

Im Hinblick auf den Förderzeitraum 2021–2027 müssen wir neue soziale und territoriale Schwächen angehen und unsere Bemühungen zur Umsetzung eines leicht veränderten Entwicklungsmodells verdoppeln. Im Mittelpunkt der neuen europäischen Programmplanung und des neuen Pakts, den wir unterzeichnen werden, werden ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit und hochwertige Beschäftigung nebeneinander stehen. Unser Ziel ist, die Produktion durch und durch nachhaltig zu gestalten. Dazu investieren wir in Humankapital, territoriale Profile, in eine

» *Wir arbeiten weiter daran, Bologna und die Emilia-Romagna zu einem riesigen Inkubator der neuen Wissenschaften zu machen; zu einem europäischen Forschungszentrum zur Bewältigung der drängendsten Herausforderungen des neuen Jahrhunderts.* «

Landwirtschaft, die widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel ist, in erneuerbare Energien und die Kreislaufwirtschaft, in Digitalisierung, neue und modernere Sozialleistungen sowie in Innovation in den traditionellen Industrien. Der Gedanke des neuen grünen Deals für Europa ist eine Chance, die wir nicht ungenutzt lassen dürfen, insbesondere in dieser Gegend, die eine der am stärksten von Umweltverschmutzung betroffenen im Land ist.

*„Emilia-Romagna Datenzentrum“:
Wie kam es zu diesem ehrgeizigen
Projekt?*

Heute sind Big Data der Rohstoff für wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung. Wir schaffen in der Emilia-Romagna die stärkste Infrastruktur. Damit fördern wir das Wachstum der Region und des ganzen Landes und investieren in die Zukunft – mehr als jede andere Region in Italien und mehr als die meisten Regionen in Europa. Das Datenzentrum-Projekt in der Emilia-Romagna stärkt Forschungseinrichtungen und die Kompetenzen in unserer Region – die Emilia-Romagna beherbergt bereits 70% der Rechenleistung Italiens – um die Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft von morgen zu gestalten. Wir glauben daran, dass wir zu Exzellenz,

Wissenstransfer und wissenschaftlichem Netzwerken zugunsten der Attraktivität unserer Region in der Lage sind. Ermöglicht wurde dies alles auch dank der Unterstützung durch die italienische Regierung und die Ergreifung von Chancen aus Europa, die sich über überaus wertvolle Projekte und Humankapital eröffnet haben.

Wie wird es damit weitergehen?

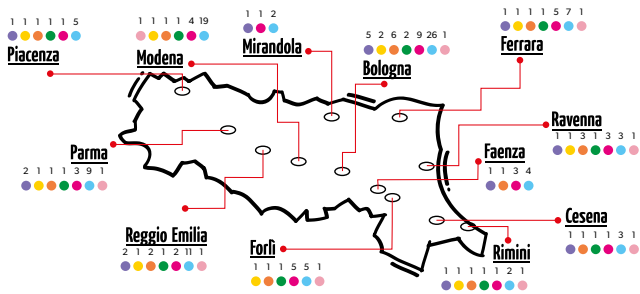
Wir arbeiten weiter daran, Bologna und die Emilia-Romagna zu einem riesigen Inkubator der neuen Wissenschaften zu machen; zu einem europäischen Forschungszentrum zur Bewältigung der drängendsten Herausforderungen des neuen Jahrhunderts. Auf den Baustellen der Technopolis Bologna wurde selbst auf dem Höhepunkt der Pandemie weitergearbeitet. In wenigen Wochen werden wir die ersten Einheiten fertigstellen. Dort werden die Rechner des Europäischen Zentrums für die mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF) einziehen. Und das ist nicht alles. Der Leonardo-Hochleistungsrechner kommt in die Technopolis, und wir arbeiten an der Ansiedelung von 250 Forscherinnen und Forscher im Rahmen des Copernicus-Programms. Unsere Strategie hat zwei Schwerpunkte: erstens die Stärkung dieser Investitionen, damit die Gemeinschaft in der Region voll von die-

sem Wettbewerbsvorteil profitieren kann, und zweitens die Investition in Humankapital. Daten sind großartige Impulsgeber für Entwicklung, aber nur, wenn man über Menschen mit den richtigen Kompetenzen zur bestmöglichen Nutzung dieser Daten verfügt. Das ist im Interesse aller. Wir schalten einen Gang höher, weil die Zukunft jetzt und hier beginnt und – besonders, weil Änderung das Wohl von Gemeinschaften und des Einzelnen zum Ziel hat. Deshalb sind EU-Mittel und deren integrierte Nutzung ein wunderbares regionalpolitisches Instrument. ■

Hochtechnologienetzwerk und Clust-ER

MAPPA DELLA RETE REGIONALE DELL'INNOVAZIONE

- **RETE ALTA TECNOLOGIA**
82 laboratori di ricerca industriale e 14 centri per l'innovazione uniti in rete
- **RETE DEI TECNOPOLI**
10 infrastrutture dislocate in 20 sedi sul territorio
- **RETE DEGLI INCUBATORI**
75 strutture a supporto della creazione e dello sviluppo di impresa
- **RETE MAX-ER**
22 laboratori di fabbricazione digitale e manifattura avanzata uniti in network
- **LABORATORI APERTI**
10 spazi attrezzati con soluzioni tecnologiche avanzate per favorire il confronto e la collaborazione
- **RETE TERRITORIALE SPAZI AREA S3**
10 spazi ospitati dai Tecnopoli per fornire servizi e informazioni
- **RETE DEGLI ISTITUTI TECNICI SUPERIORI (ITS)**
7 scuole di alta tecnologia e 20 percorsi biennali post diploma



Mit seinen 86 industriellen Forschungslaboren und 14 Innovationszentren verteilt über 20 Technopolis-Standorte bietet das Hochtechnologienetzwerk der Emilia-Romagna Kompetenzen, Instrumente und Ressourcen für die Entwicklung von Unternehmen. Durch Nutzung von Synergien zwischen öffentlichen und privaten Organisationen, Universitäten und Forschungseinrichtungen verbindet das Netzwerk die Bereiche Forschung und Produktion miteinander. Grundlegende und zentrale Stärke des regionalen Innovationsökosystems ist seine Fähigkeit, Forschungsergebnisse in die Unternehmen zu bringen. Zur Stärkung des Netzwerks wurden 2018 sogenannte Clust-ER-Verbände (Cluster Emilia-Romagna) eingerichtet. Das sind Zusammenschlüsse von öffentlichen und privaten Organisationen wie etwa Forschungszentren, Unternehmen und Ausbildungseinrichtungen. Innerhalb der Clust-ER arbeiten die Forschungs- und Innovationszentren des Netzwerks zusammen mit Unternehmen und Hochschulen an der Koordinierung und Strategiebildung für die Sektoren, die Impulsgeber der Wirtschaft in der Region sind: Landwirtschaft und Lebensmittel, Bau, Energie und Nachhaltigkeit; Kultur und Kreativität, Gesundheit und Wohlergehen, Dienstleistungsinnovation, Maschinenbau und Automobile.

Das Hochtechnologienetzwerk in der Emilia-Romagna wurde mit 128 Mio. EUR gefördert, 90 Mio. EUR davon stammten aus dem EFRE.

<https://www.retealtatecnologia.it/>

SUPER-Computing mit regionalen Daten

Im Herzen der Big-Data-Technopolis Bologna, dem Datenzentrum der Region, wird derzeit im Rahmen des SUPER-Projekts eine Digitalinfrastruktur entwickelt, mit der riesige Datenmengen verarbeitet und Dienstleistungen gebündelt werden. Dadurch wird Forschung auf höchstem Niveau und technologische Innovation für eine Vielzahl von Anwendungsgebieten ermöglicht. Schwerpunkte des Projekts sind Genomik, Regenerationsmedizin, Biobanking, fortgeschrittene Werkstoffe und innovative Produktionssysteme. Damit erhält die Region, die 70 % der Rechenleistung Italiens beherbergt und damit in Kürze von Platz 19 auf Platz 5 der Weltrangliste aufsteigen wird, enormes Potenzial, zu einem internationalen Zentrum für Big Data und künstliche Intelligenz zu werden.

Das Projekt SUPER (Supercomputing Unified Platform Emilia-Romagna) wurde mit rund 4 Mio. EUR an EFRE-Mitteln für Forschung und Innovation unterstützt.

<https://www.regione.emilia-romagna.it/datavalley>



Modena eröffnet Labor für kulturelle Zusammenarbeit



Das in einem ehemaligen Elektrizitätswerk eingerichtete offene Labor ist Teil eines regionalen Netzwerks, dem zehn weitere ähnliche Labors in der Region angehören. Jedes Labor ist an den für ihre jeweilige Städteregion relevanten Themen ausgerichtet. Die Labors tragen damit zu digitaler Teilhabe und Inklusion bei. In Modena liegt der Schwerpunkt auf Kultur. Theater und Kreativität, Förderung der Zusammenarbeit zwischen Freischaffenden, Start-ups, Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern bei der Entwicklung innovativer IKT-Dienstleistungen. Auf diese Weise soll die Attraktivität der Stadt gesteigert und zu Beteiligung angeregt werden.

Die EFRE-Förderung beläuft sich auf 3 Mio. EUR, das Gesamtbudget beträgt 3,9 Mio. EUR. Die Mittel werden zur Umwidmung der Industriegebiete und der Verwaltung des offenen Labors in Modena genutzt

<http://www.laboriaperti.it/modena>

Forschung und Innovation mit Produktion verknüpfen

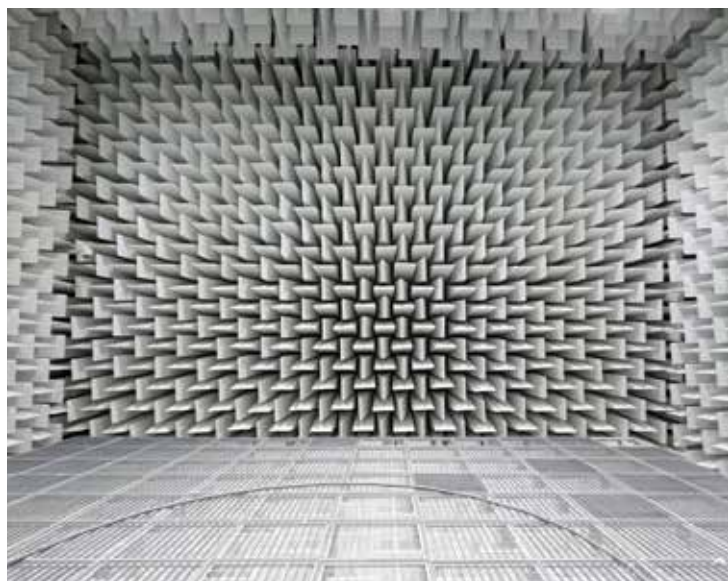
Die Technopolis Ferrara verbindet industrielle Forschungslabors und Technologietransfer, sodass selbst kleinste Firmen Zugang zu fundierter Forschung haben und neue Produktionstechniken, effizientere Materialien und innovative Produkte testen können.

Dies ist ein wichtiger Schritt hin zur Schließung der Lücke zwischen Forschung und Entwicklung sowie der Produktion. Durch regelmäßige Kontakte mit der Grundlagenforschung können Unternehmen von modernster wissenschaftlicher Ausrüstung und der Kompetenz hochqualifizierter Forscherinnen und Forscher profitieren.

Die EFRE-geförderte Technopolis umfasst Labors für die Bereiche pharmazeutische Biotechnologie, fortschrittliche Mechanik, Wiederaufbau und Umgestaltung von Bauwerken und Städten und Wiederherstellung von Kulturgütern sowie Umwelt, Wasser, Land und Lebensräume.

MechLav ist ein auf Mechatronik und Motoren, Dienstleistungsinnovationen und Digitalisierung spezialisiertes industrielles Forschungslabor. MechLav ist Teil des Hochtechnologienetzwerks, das die Entwicklung zahlreicher Forschungsprojekte mit lokalen Unternehmen auf nationaler und internationaler Ebene im Rahmen solider Kooperationen fördert.

<http://www.unife.it/international/research/technopoles#null>



Cesena macht die jüngere Generation zur Priorität



In der Malatestiana-Bibliothek in Cesena wird derzeit das Kinozentrum neu gestaltet und die Kinderbibliothek erweitert. Ermöglicht wird dies durch 1,2 Mio. EUR aus dem EFRE. Mit insgesamt 2,95 Mio. EUR werden die künstlerischen, kulturellen und ökologischen Ressourcen der Region ausgebaut. Die Kinderbibliothek wird in die bisherige Sachbuchabteilung umziehen. Dadurch wird zukünftig doppelt so viel Raum für die steigende Zahl an jungen Leserinnen und Lesern (+38% in den letzten zwölf Monaten) verfügbar sein. Das Kinozentrum wird einen neuen Platz im Erdgeschoss erhalten und mit neuen Angeboten wie einem Kinosaal mit 50 Plätzen, einem Hörsaal und einem Ausstellungsraum ausgestattet.

Dies ist eines von 20 Projekten, die 2018 im Rahmen der Kulturwoche „Diverse EnERgies“ vorgestellt wurden und der Neugestaltung der Kulturgüter der Region dienen sollen.

<http://www.comune.cesena.fc.it/malatestiana/ragazzi>

Das Dorf der Biomedizin: Wachstum in einer gesunden Umgebung

Die überwiegend EFRE-finanzierte Technopolis Mirandola ist heute Teil eines für Italien einzigartigen, modernen integrierten Systems zum Nutzen lokaler Unternehmen und mit enger Anbindung an die Universität Modena und Reggio Emilia. Das „Dorf der Biomedizin“ kann Investitionen beschleunigen und besser auf den Bedarf eines Gesundheitssystems reagieren, das zunehmend auf personalisierte Medizin und Präzisionsmedizin ausgerichtet ist. In der Technopolis sollen zwei neue Labore, Co-Working-Räume, Platz für die Entwicklung von Prototypen als Dienstleistung für Unternehmen sowie ein neues Gründerzentrum für Start-ups mit Büro- und Laborräumen entstehen. Bislang wurden 4 250 000 EUR in die Infrastruktur investiert, 3 828 000 EUR davon stammen aus dem EFRE.



Neue Technopolis-Standorte bieten Graduierten- und Promotionskurse an. Der erste Master-Studiengang der Universität Modena und Reggio Emilia startete im Jahr 2019. Einrichtungen zur Beschleunigung innovativer Prozesse, die Anbindung an das regionale Hochtechnologienetzwerk sowie Kontakte zu nationalen und internationalen Netzwerken werden das lokale Ökosystem stärken. Im Gegenzug werden damit die Entwicklungsdynamik beschleunigt, die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors gestärkt und mehr junge Talente und erstklassige Wissenschaftskompetenz angelockt.

<http://www.distrettobiomedicale.it/il-tecnopolo-veronesi-di-mirandola/>

Die richtigen Schritte hin zu nachhaltiger Mobilität

Um die EU-Klimaziele zur Abmilderung des Klimawandels zu erreichen, hat die Region Emilia-Romagna gezielte Maßnahmen zur Förderung von Nachhaltigkeit im öffentlichen Verkehr unterstützt. Unter anderem wurde der Fahrzeugbestand erneuert. Dazu wurden umweltfreundliche, mit Methan oder Flüssiggas betriebene sowie Hybrid-Busse und Oberleitungsbusse angeschafft. Bis Ende 2020 werden im ÖPNV 170 umweltfreundliche Fahrzeuge auf der Straße sein. Davon sind 125 bereits in Betrieb. Darüber hinaus sind ein Fuhrpark aus rein elektrisch betriebenen Fahrzeugen und zwei Pilotsysteme zum Auftanken der neuen mit Flüssiggas betriebenen Busse im Aufbau.

Über 18 Mio. EUR an EFRE-Mitteln wurden zum Erwerb der umweltfreundlichen Fahrzeuge aufgewendet. Insgesamt wurden 28 Mio. EUR aus dem Fonds für intelligente Verkehrslösungen und nachhaltige Mobilität bereitgestellt.



<https://url.emr.it/qd857h0v>

Campovolo zieht Aufmerksamkeit auf sich

Dieses EU-geförderte Projekt zur Umgestaltung des Areals Campovolo wurde 2018 begonnen. Das Ergebnis wird am 12. September 2020 mit einem Konzert des italienischen Sängers und Songschreibers Luciano Ligabue eingeweiht.

Auf dem weltweit einzigartigen Gelände sollen zukünftig Freiluftveranstaltungen mit bis zu 100000 Teilnehmern bei bestmöglicher Sicherheit und guter Erreichbarkeit dank der Lage nahe des Flughafens Campovolo in Reggio Emilia stattfinden. Das Projekt wurde mit 1,7 Mio. EUR aus öffentlichen Mitteln der Emilia-Romagna und des EFRE im Finanzierungszeitraum 2014-2020 unterstützt.

Über 20 Hektar des Flughafengeländes erhalten eine neue Bestimmung: Es entsteht eine Stätte für große nationale und internationale Veranstaltungen, die Unterhaltung und Begegnung fördert. Mithilfe von Landschaftsplanung und Umwelttechnik wurden die Zugangswege, der großzügige Empfangsbereich, der Bereich für Großveranstaltungen und die Dienstleistungs- und Backstage-Bereiche so gestaltet, dass das Publikum bestmögliche Sicht und Akustik genießen kann und die Lärmbelastung für die umliegenden Wohngebiete der Stadt möglichst gering ist.



<https://www.cvolo.it/>

Hinter jedem Bild eine Geschichte

#EUinmyregion ist eine gemeinsame Informationskampagne mit dem Ziel, den von der EU finanzierten Projekten in Europa mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. Verwaltungsbehörden und Projektbegünstigte sind eingeladen, mithilfe von Kommunikationsinstrumenten und Unterstützung den Bürgerinnen und Bürgern die gemeinsam mit der EU in der Region erreichten Erfolge vorzustellen.

Im Jahr 2020 sind Partner wie etwa Verwaltungsbehörden und Projektbegünstigte aufgerufen, Fotos im Rahmen des Postkartenwettbewerbs einzusenden. Den Gewinnern winken 300 Postkarten mit ihrem Foto. Die Gewinnerfotos werden außerdem in der Kommunikation der GD REGIO verwendet. Hier eine Auswahl der Gewinnerbilder:

EU IN MY REGION





01 Die Partner des Projekts **Acuinano** in Spanien und Portugal entwickeln Methoden zur Entdeckung metallischer Nanopartikel und zur Erforschung von deren Auswirkungen auf aquatische Ökosysteme und Aquakulturprodukte.

02 **Linking Alps** entwickelt innovative Instrumente und Strategien zur Verknüpfung von Reiseinformationsdiensten zugunsten eines CO₂-freien Alpenraums in Österreich.

03 Erfahrungen mit kulinarischem Erbe werden zwischen acht Mittelmeerländern im Rahmen des Projekts **Croatia Medfest** ausgetauscht. Schwerpunkt des Projekts ist die nachhaltige Entwicklung des Tourismus.

04 **EUCycle** möchte das Radfahren über die Grenzen Belgiens, Deutschlands, Italiens, Ungarns und Polens hinweg attraktiver machen, indem bessere politische Maßnahmen und Lösungen zugunsten CO₂-armer Mobilität umgesetzt werden.

05 Das spanische Projekt **Our Way** setzt sich über das Greenways-Netzwerk für die Förderung, die Pflege, den Schutz und die Entwicklung von Kultur- und Naturerbe in sechs Regionen ein.

06 Unterstützt durch EU-Mittel entstehen auf den portugiesischen Azoren im Rahmen des Projekts **Goreana Tea Factory and Plantation** neuartige Teepflanzen.

07 **SOUTH BALTIC MANORS** vermarktet die grenzüberschreitende historische Gutshauslandschaft in Dänemark, Deutschland, Litauen und Polen mit dem Ziel des Schutzes und der Entwicklung des regionalen Erbes und der Tourismusförderung.

08 Das Projekt **TecnOlivo** unterstützt mit Präzisionslandwirtschaft im Olivenanbau in Spanien und Portugal landwirtschaftliche Betriebe bei der Überwachung ihrer Olivenbäume und Hersteller bei der Entscheidungsfindung.

09 Das Projekt **IndieCade** unterstützte das erste internationale Festival für Indie-Games seit 2016. Das Festival, das im Oktober 2019 in Paris stattfand, wurde vom EFRE in Kooperation mit der Pariser Games Week kofinanziert. Das IndieCade Festival 2020 wird vom 16. bis 24. Oktober online stattfinden.

10 Das Kulturerbe rund um Napoleon ist Schwerpunkt des Projekts **NAPOCTEP**, das an einem nachhaltigen Tourismusprodukt zur Ankurbelung der Wirtschaft in Spanien und Portugal arbeitet.

11 Im Rahmen des Projekts **River Promenade III** entsteht in Estland und Russland eine touristisch und wirtschaftlich attraktive grenzüberschreitende Region.

12 Die Partner des Projekts **Medtech4Europe** in Frankreich, Ungarn und den Niederlanden arbeiten an der Verbesserung des politischen Rahmens für Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich der Medizintechnologien und der Gesundheitsversorgung in der EU.

09



10



11



12



MEHR DAZU

Weitere Informationen zur Teilnahme: www.euinmyregion.eu

#EURegionsWeek: Aus eins mach drei



Die Europäische Woche der Regionen und Städte im Jahr 2020 steht vor zwei großen Herausforderungen. Da ist erstens die Organisation dieser Großveranstaltung in einer von einer Pandemie betroffenen Welt und zweitens die Rekordzahl an Bewerbungen von Partnern. Die Lösung? Drei Wochen statt nur einer!

Die 18. Ausgabe Europäischen Woche der Regionen und Städte, die von der GD REGIO und dem Ausschuss der Regionen mitorganisiert wird, hätte vom 12. bis 15. Oktober 2020 „live“ im belgischen Brüssel stattfinden sollen. Die Durchführung von 500 Veranstaltungspunkten bei gleichzeitiger Einhaltung der Abstandsregeln wäre innerhalb der einen ursprünglich vorgesehenen Woche jedoch nahezu unmöglich gewesen.

Daher wird die Veranstaltung nun auf drei Wochen ausgedehnt. Die meisten Veranstaltungspunkte finden online statt, zentrale politische Veranstaltungen (wie etwa die Bürgerdialoge oder die Verleihung der REGIOSTARS-Preise) werden teils physisch, teils online veranstaltet, und die Ausstellung und die zugehörigen Präsentationen werden physisch stattfinden.

Unter dem Motto „Restart. Europe. Together“ werden in diesen drei Wochen nacheinander die drei Themen der Ausgabe 2020 behandelt:

- › 5.-9. Oktober: **Bürgerbefähigung**
- › 12.-15. Oktober: **Kohäsion und Zusammenarbeit**
- › 19.-22. Oktober: **Grünes Europa**, in Kooperation mit der Grünen Woche.

Die jährlich in Brüssel stattfindende Woche ist die größte der Kohäsionspolitik gewidmete Veranstaltung. Im Jahr 2019 wurde eine Rekordteilnehmerzahl von 9 300 verzeichnet, darunter lokale und regionale Vertreterinnen und Vertreter, EU-Verwaltungsbehörden, Projektträger, Sachverständige, Akademien sowie über 300 Medienbeauftragte.

In diesem Jahr gingen mehr als doppelt so viele Bewerbungen als im letzten Jahr ein. Allein 206 Projekte wurden für den REGIOSTARS-Wettbewerb 2020 eingereicht, was einen neuen Rekord für den jährlich ausgetragenen Wettbewerb darstellt, bei dem herausragende Leistungen und Ansätze in der regionalen Entwicklung ausgezeichnet werden. Dieses großartige Ergebnis bestätigt die Zunahme an Beteiligung, wie wir sie Jahr für Jahr beobachten.

Preise werden in fünf Kategorien vergeben: industrieller Wandel, Kreislaufwirtschaft, Kompetenzen und Bildung für ein digitales Europa, Bürgerbeteiligung und Befähigung der Jugend in 30 Jahren Interreg.

In diesem Jahr sind Kurzvorstellungen der Bewerbungen über die Plattform des Wettbewerbs verfügbar: <https://regio-starsawards.eu/>

Die unabhängige Jury hat aus jeder Kategorie bis zu fünf Finalisten ausgewählt, die am 9. Juli bekannt gegeben wurden. Die nach diesem Datum abgegebenen Stimmen werden den Finalisten weiterhin angerechnet, da sie sich um den REGIOSTARS 2020-Publikumspreis bewerben. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel Erfolg! ■

MIT EIGENEN WORTEN

PANORAMA
freut sich auf Ihre
Beiträge!

„Mit eigenen Worten“ ist der Abschnitt in *Panorama*, in dem Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene ihre Erfolge für den Zeitraum 2014-2020 darlegen und ihre Ansichten zu den laufenden und entscheidenden

Diskussionen über die Kohäsionspolitik nach 2020 teilen. *Panorama* freut sich auf Ihre Beiträge in Ihrer Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Bitte kontaktieren Sie uns unter regio-panorama@ec.europa.eu für weitere Informationen zu Richtlinien und Fristen.

Den Ausschlag geben die europäischen Städte



Ivo Banek

Kommunikationsdirektor, Eurocities

In den Städten geht die Polizei für ältere, während der Ausgangsbeschränkungen an ihr Zuhause gebundene Menschen einkaufen. Hotels werden in Obdachlosenunterkünfte umfunktioniert. Busse und Straßenbahnen fahren auch während der Quarantänemaßnahmen weiter, um medizinisches Personal zur Arbeit zu bringen, oft sogar kostenlos. Kulturveranstaltungen gehen online, oder kommen über Kinoleinwände auf den Straßen zu den Menschen nach Hause.

All diese Bilder kamen mir in den Kopf, als ich die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, bei der Vorstellung des 750 Mrd. EUR schweren Aufbaufonds,

mit dem die EU „Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen“ möchte, sagen hörte: „Dies ist die Stunde Europas“.

Die Städte sind am schwersten von der Coronavirus-Krise getroffen worden, haben aber schnell und außerordentlich kreativ reagiert, um Schutzbedürftige zu schützen, öffentliche Dienstleistungen anzupassen und lokale Unternehmen zu unterstützen.

Doch die Lage ist dringlich. Die städtischen Haushalte sind überlastet. Ohne zusätzliche Finanzhilfen werden sie Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen vornehmen müssen. In Italien hörte ich einen verzweifelten Bürgermeister sagen, dass er eher die öffentliche Beleuchtung abschalten würde, als Versorgungsleistungen für ältere oder behinderte Menschen oder bedürftige Familien zu kürzen.

Niemand möchte, dass in den Städten die Lichter ausgehen. Ich glaube nämlich, dass sie dem Wiederaufbau Europas den Weg leuchten können. Zu den vielen inspirierenden Beispielen zählt, dass große Teile Londons nach der Lockerung der Ausgangsbeschränkungen autofrei werden. Die Straßen werden Fußgängerinnen und Fußgängern, radfahrenden Personen und Bussen vorbehalten sein. Dadurch sollen nach Angabe des Bürgermeisters die Straßen Londons den Menschen zurückgegeben werden. Dasselbe geschieht in anderen Städten: In Paris, Mailand, Budapest und vielen anderen Städten wird der öffentliche Raum zugunsten einer grüneren, saubereren und gesünderen Zukunft umgewandelt.

Amsterdam hat neue Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Erholung der Stadt festgelegt, das sogenannte

„Donut-Modell“. Das Modell geht über traditionelle Wirtschaftsparadigmen hinaus und macht die Bedürfnisse und das Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger und der Umwelt zur obersten Priorität.

Zudem tauschen die Städte Fachwissen und bewährte Verfahren aus, zum Beispiel über die COVID-Nachrichtenplattform von Eurocities. Auf diese Weise möchten sie voneinander lernen und einander über Grenzen hinweg unterstützen. Das ist gelebte europäische Solidarität.

Die Stunde Europas schlägt in den Städten. Noch ist jedoch unklar, wie viel des ehrgeizigen Aufbaufonds wirklich auf lokaler Ebene ankommt. Derzeit werden die meisten Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten entschieden, ohne dass bislang feststünde, wie groß das Mitspracherecht der Kommunen ausfallen wird. Das muss sich ändern.

Die weltweite Coronavirus-Krise stellt Europa auf den Prüfstand. In unseren Städten entscheidet sich, ob wir diese Prüfung bestehen. Um auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen einzugehen, müssen die Städte stärker und strukturierter beteiligt werden. Wir brauchen eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Städten, Regionen, Ländern und der Europäischen Union.

Das ist die Stunde Europas. Die Zeit dafür ist jetzt. ■



Prüfgemeinschaft bietet Qualitätssicherung für die ESI-Fonds

Als engagierter Unterstützer eines engen Dialogs zwischen den Prüfenden der Mitgliedstaaten berichtet Franck Sébert, seit 2014 Direktor des Referats Audit der GD REGIO, von seinen persönlichen Erfahrungen in der Zusammenarbeit und der Kommunikation mit der Prüfgemeinschaft der ESI-Fonds.



Die Prüfung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) ist eine Tätigkeit in einem Umfeld mit hochentwickelten technischen Vorschriften und Verfahren und einer Vielzahl von Interessengruppen. Die finanziellen Interessen sowie die Bandbreite an Investitionen und Maßnahmen sind riesig. Die Verantwortung für die Fondsverwaltung ist aufgeteilt. Daher ist entscheidend, dass die Prüferinnen und Prüfer der Kommission und aus den Mitgliedstaaten mit dem gleichen Ansatz arbeiten und ein gemeinsames Verständnis des Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung haben.

Die Audit-Dienste der Kommission, die Prüfbehörden der Mitgliedstaaten und die Prüfgemeinschaft stehen in regelmäßigem, engem Kontakt. Während manche Themen der Abstimmung mit nur einem Mitgliedstaat oder einer Prüfbehörde bedürfen, sind andere Themen eher horizontal angelegt und betreffen die Prüfbehörden aller Mitgliedstaaten.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Prüfgemeinschaft der ESI-Fonds?

Zunächst einmal besteht täglicher direkter Kontakt und Austausch zwischen den Prüfenden der Kommission und denjenigen Prüferinnen und Prüfern aus Mitgliedstaaten, die an den Prüfungen der Kommission teilnehmen, um zu lernen und Erfahrung zu sammeln. Die jährlichen Sitzungen zur Prüfungs koordinierung bieten eine sehr wichtige Gelegenheit für den bilateralen Austausch. Dabei treffen sich einmal im Jahr die Audit-Dienste der Kommission

mit den Prüfbehörden jedes Mitgliedstaats, um ihre Prüfungspläne und -methoden abzustimmen. Das ist nach der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen so vorgeschrieben.

Unsere Zusammenarbeit mit den Prüfenden aus den Mitgliedstaaten geht jedoch weit über die rechtlichen Vorgaben hinaus. Seit fast drei Jahrzehnten organisieren die Audit-Dienste der Kommission und die Prüfbehörden der Mitgliedstaaten jährliche Plenarsitzungen in den Mitgliedstaaten. Darüber hinaus finden zwei- bis dreimal im Jahr multilaterale technische Sitzungen in Brüssel statt, um über aktuelle Herausforderungen für gemeinsame Prüfungsansätze und -methoden zu sprechen und geltendes Recht auszulegen. Dies ermöglicht Kolleginnen und Kollegen aus dem Netzwerk, sich über Erfahrungen und bewährte Verfahren auszutauschen.

Zudem haben wir die Praxis der Einrichtung von *Ad-hoc*-Arbeitsgruppen vorangetrieben. In diesen Arbeitsgruppen arbeiten die Audit-Dienste der Kommission und interessierte Prüferinnen und Prüfer aus den Mitgliedstaaten gemeinsam an konkreten Themen und erstatten dem Plenum zwecks Bestätigung darüber Bericht. Diese Gruppen sind Sinnbild dafür, dass Produkte Gemeinschaftsgut sind, weil sie das Ergebnis gemeinsamer Überlegungen zur Entwicklung und Vorbereitung von Prüfungsmethoden oder -anweisungen sind.

Die Prüfgemeinschaft der ESI-Fonds ist ein Netzwerk von Kolleginnen und Kol-

legen, die sich über bewährte Verfahren austauschen und voneinander lernen. Eine Gemeinschaft von Sachverständigen aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten, aber vereint in ihrem Bestreben, die finanziellen Interessen der EU zu wahren und die ESI-Fonds ordnungsgemäß zu verwalten.

Weshalb ist Zusammenarbeit wichtig?

Für die Audit-Dienste der Kommission sind Informationen zu den Herausforderungen auf Ebene der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen entscheidend, um Schwierigkeiten bewältigen oder vorhersehen zu können. Der Austausch ist notwendig, um mit der Prüfgemeinschaft über methodische Instrumente (u. a. Prüfungsansätze und Bewertungskriterien, Prüflisten) zu sprechen oder wichtige Initiativen der Kommission zu kommunizieren, wie etwa:

- › die Anknüpfung an wichtige Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe zur Vereinfachung für Begünstigte der ESI-Fonds in Bezug auf Prüfungsan gelegenheiten;
- › verbesserte angemessene Prüfungsansätze zugunsten der Qualitätssicherung im Programmplanungszeitraum 2021-2027;
- › die Umsetzung des Konzepts der einzigen Prüfung und die Vermeidung unnötigen Aufwands für die Geprüften im Hinblick auf die Koordinierung der Ansätze zwischen den Prüfbehörden und dem Europäischen Rechnungshof.

Beispiel für diese Zusammenarbeit ist die 2018 von der Prüfungsgemeinschaft verabschiedete und herausgegebene „Charta bewährter Verfahren bei der Durchführung von Prüfungen für die Kohäsionspolitik, den EMFR und den EHAP“, die sich mit dem Prüfzyklus und der Notwendigkeit für bessere Kommunikation mit den Geprüften befasst.

Eine der Arbeitsgruppen hat kürzlich ein Reflexionspapier zur Prüfungsdokumentation und zum Prüfpfad herausgegeben. Eine andere Arbeitsgruppe unterstützt die Erarbeitung sekundärer Vorschriften für Prüfungsstichproben. Vor einiger Zeit hat eine Arbeitsgruppe die Überarbeitung des Beschlusses der Kommission zur Festlegung der Leitlinien für die Festsetzung von Finanzkorrekturen, die bei Verstößen gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge auf von der Union finanzierte Ausgaben anzuwenden sind, mitgestaltet. Eine andere Arbeitsgruppe hat sich mit der Frage beschäftigt, wie sich Verwaltungsüberprüfungen am besten in der Prüfungstätigkeit nutzen lassen.

Wir wissen, wie wichtig die offene Kommunikation von Prüfungsergebnissen ist, um die rechtmäßige und ordnungsgemäße Verwendung von Mitteln sicherzustellen. Wir empfehlen die Anwendung einer gemeinsamen Fehlertypologie für Verwaltungs- und Prüfbehörden, um den Verwaltungsbehörden koordiniert Rückmeldung geben zu können und sie bei der Verbesserung der Verwaltungsüberprüfungen zu unterstützen. Demnächst erscheint ein Bericht über die Prüfungsergebnisse der Kommission für die Programmplanungszeiträume 2007-2013 und 2014-2020. Er dient der Information der Verwaltungsbehörden über wiederholt aufgetretene Fehler und dem Austausch von Erfahrungen, bewährten Verfahren und einheitlichen professionellen Standards.

Welche Erfahrung in der jüngeren Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Prüfbehörden der Mitgliedstaaten würden Sie als besonders wertvoll bezeichnen?

Die Qualitätssicherung für einen so wichtigen Finanzrahmen wie den Europäischen Fonds für regionale Entwick-

lung und den Kohäsionsfonds bei gemeinsamer Mittelverwaltung von europaweit rund 300 von der GD REGIO durchgeführten Programmen ist eine komplexe und anspruchsvolle, aber faszinierende Aufgabe. Tatsächlich hat die GD REGIO nicht so viele Prüferinnen und Prüfer. Für die Qualitätssicherung sorgen Hunderte Prüfende in rund 80 Prüfbehörden in den Mitgliedstaaten. Überaus wichtig sind mir gute tägliche Kommunikation mit und Transparenz gegenüber Kolleginnen und Kollegen in den Prüfbehörden. Unsere Rolle besteht darin, die Prüfungstätigkeiten, über die uns unsere Prüfpartner Bericht erstatten, zu überwachen und sicherzustellen, dass hohe Standards umgesetzt werden. Dabei müssen wir den Beitrag der nationalen und regionalen Prüferinnen und Prüfer zur Qualitätssicherung und zur Umsetzung der politischen Vorgaben kritisch würdigen. Das bedeutet, dass wir uns auf die Prüfbehörden verlassen können, während wir allgemein für die Ausführung des Haushaltsplans und die Qualitätssicherung zuständig sind.

Im Hinblick darauf ist die wertvollste Erfahrung der professionelle Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen in den Mitgliedstaaten. Sie sind mit unglaublichen Komplexitäten konfrontiert und leisten beeindruckende Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Durch die Zusammenarbeit und die fachliche Unterstützung der Prüferinnen und Prüfer der GD REGIO zeigen wir, dass die Kommission keine gesichtslose Institution ist. Hinter all den Leitlinien, Anweisungen, Interpretationsvermerken, Prüflisten und Korrekturen stehen Kolleginnen und Kollegen, die Unterstützung bieten.

Haben Sie eine Empfehlung für die Prüfungsgemeinschaft, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie COVID-19?

Die Prüfenden sowohl in Brüssel als auch in den Mitgliedstaaten stehen derzeit unter besonderem Druck. Von uns wird erwartet, dass wir flexibel auf die Arbeits- und Reisebeschränkungen reagieren und die Schwierigkeiten berücksichtigen, denen sich die Mitgliedstaaten und die Programmbehörden gegenüber sehen. Dennoch dürfen wir die übergeordnete Pflicht zur Beachtung

der Vorschriften und des geltenden Rechts nicht gefährden. Sobald die Krise überstanden ist, oder vielleicht schon eher, wird die Haushaltsbehörde sicherstellen wollen, dass alle Fonds, einschließlich der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise, bestimmungsgemäß und unter Beachtung aller anwendbaren Rechtsvorschriften verwendet wurden. Dies stellt uns, vor allem aber die Prüfenden der Mitgliedstaaten, die noch näher an der Mittelverwendung dran sind, vor eine Herausforderung. Die bevorstehende Mittelaufstockung im Rahmen der kürzlich vorgestellten Vorschläge der Kommission zur Krisenbewältigung und zum Wiederaufbau unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften bedeutet eine zusätzliche Belastung in der Mittelverwendung und wird sicher mit neuen Risiken einhergehen.

Daher empfehle ich meinen Kolleginnen und Kollegen in der Prüfungsgemeinschaft, nochmal auf die Effizienzverbesserungen zu schauen, um Überregulierung und unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, indem die Programmbehörden über die Möglichkeiten erheblich vereinfachter Kostenoptionen beraten werden. Die Prüfungsgemeinschaft sollte ihre professionelle Prüfungstätigkeiten im Einklang mit unseren gemeinsamen hohen Standards fortführen, um bei Bürgerinnen und Bürger sowie Interessengruppen in Europa für Vertrauen in die effektive und ordnungsgemäße Verwendung der dringend benötigten Mittel für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaften und die territoriale Konvergenz zu sorgen.

Was ist die größte Herausforderung für die Qualitätssicherung im Zeitraum 2021-2027?

Die Prüfungsgemeinschaft der ESI-Fonds muss auch in Zukunft die hohen Standards in der Qualitätssicherung umsetzen und gleichzeitig für größtmögliche Vereinfachung und Angemessenheit sorgen, um die Prüfungslast für Programmbehörden und Begünstigte gering zu halten. ■

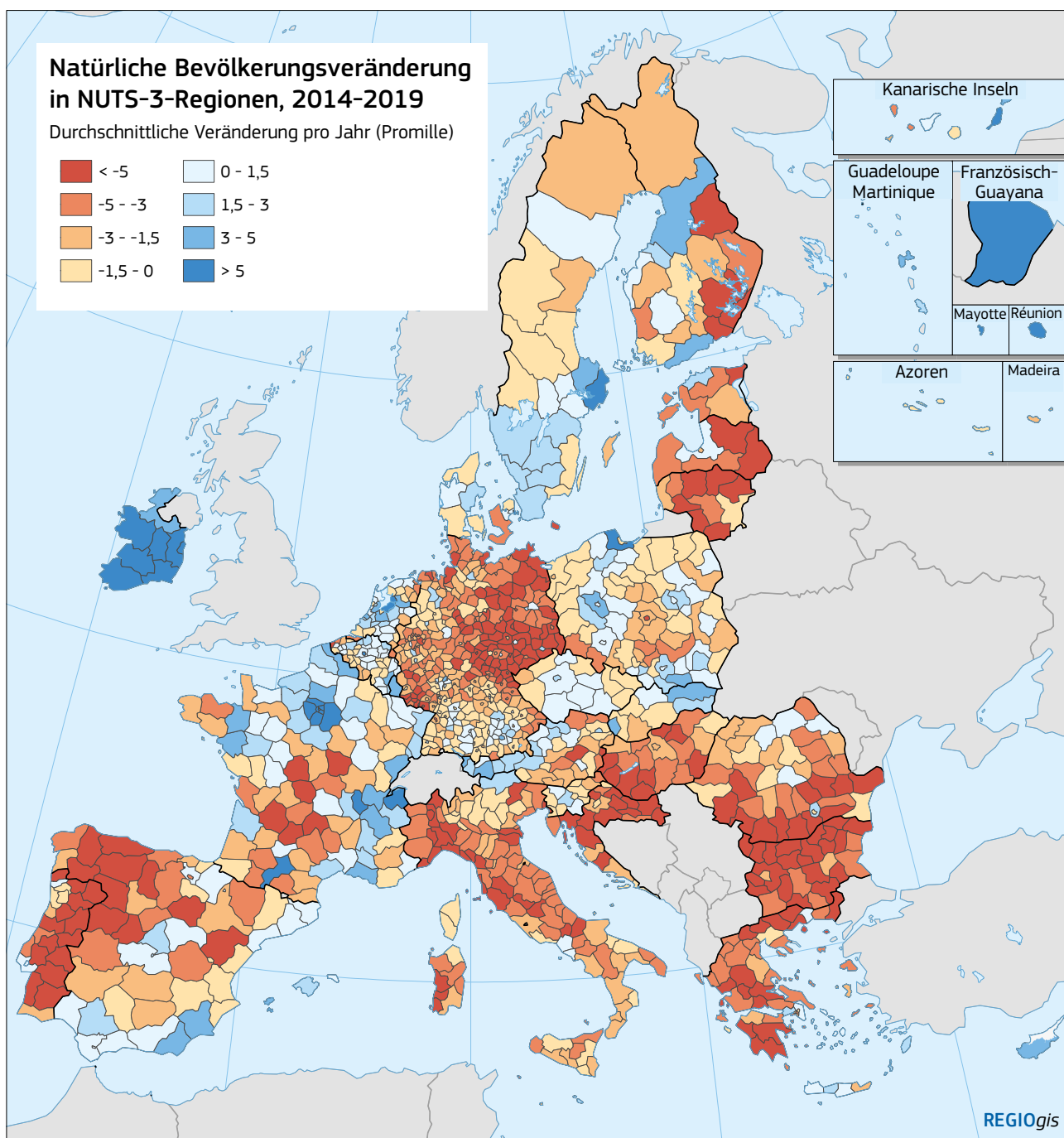
MEHR DAZU

<https://europa.eu/!rP39yg>

Bevölkerungsveränderung in der EU und ihren Regionen

Diese beiden Karten zeigen die zwei Quellen regionaler Bevölkerungsveränderungen. Die erste zeigt die natürliche Bevölkerungsveränderung, die auf EU-Ebene negativ war. Im Zeitraum 2014 bis 2019 gab es in der EU 1,2 Millionen mehr Sterbefälle als Geburten. Im selben Fünfjahreszeitraum verzeichneten drei von vier Regionen eine negative natürliche Bevölkerungsveränderung. Dies gilt insbesondere für ländliche Regionen, wo die durchschnittliche jährliche Bevölkerungsveränderung bei -2,3 je 1 000 Einwohnern lag. Im Vergleich dazu

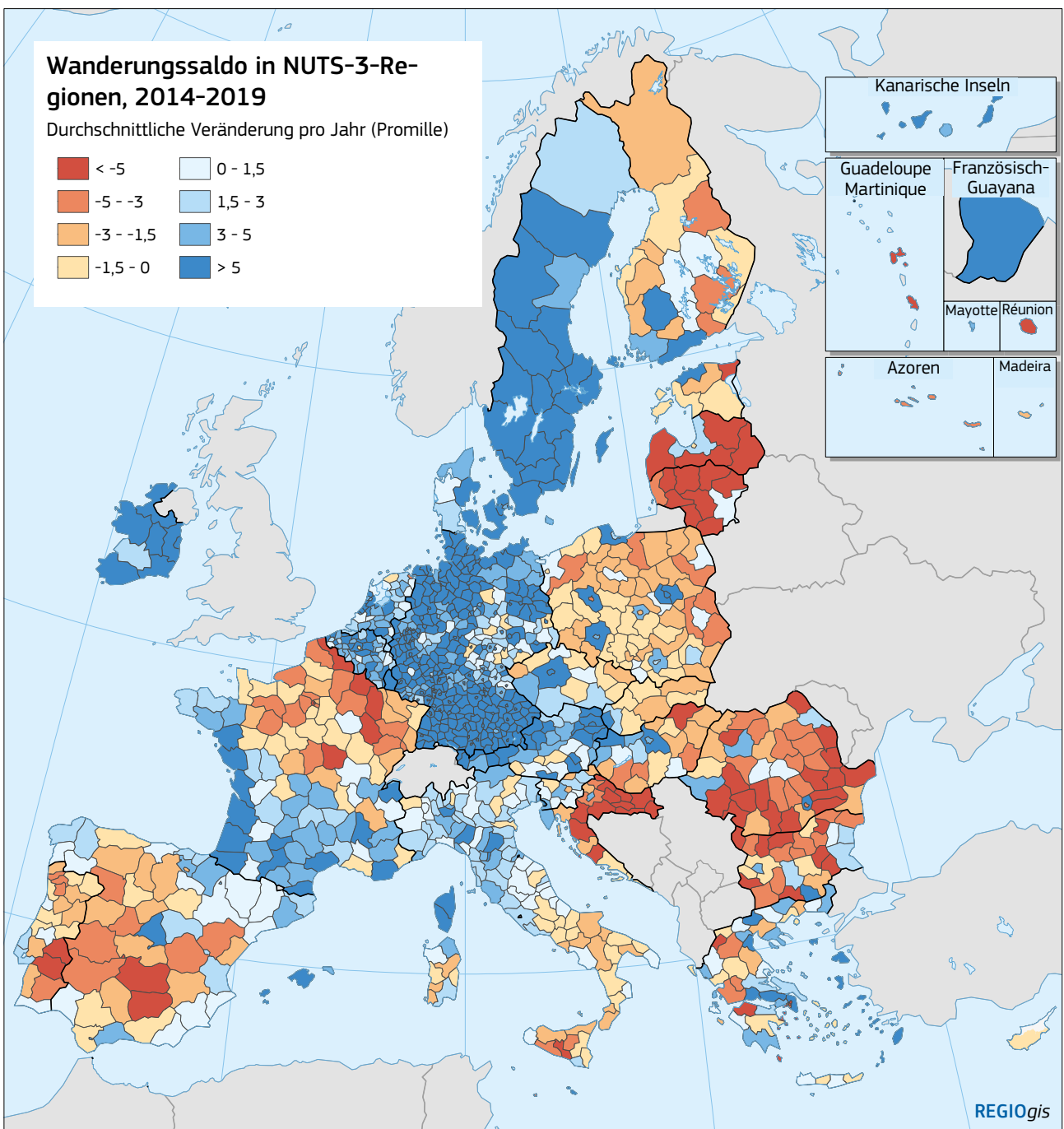
verzeichneten intermediäre Regionen und städtische Regionen Veränderungsrate von -1,2 bzw. -1,0. Die negative natürliche Wachstumsrate in ländlichen Gegenden ist jedoch nicht auf eine geringere Fertilitätsrate zurückzuführen. Tatsächlich ist die Fertilitätsrate in ländlichen Gebieten leicht höher. Grund ist vielmehr, dass der Anteil der älteren Bevölkerung in ländlichen Gegenden leicht höher liegt, der Anteil an Frauen im gebärfähigen Alter im Vergleich zum Anteil der Männer im selben Alter jedoch geringer ausfällt.



Veränderung im Zeitraum 01.01.2014 bis 01.01.2019
Quelle: GD REGIO auf Basis von Eurostat-Daten (demo_r_gind3)

Der Wanderungssaldo auf EU-Ebene fällt positiver aus. Im Zeitraum 2014 bis 2019 zogen fünf Millionen Menschen mehr in die EU, als die EU verließen. Darin eingeschlossen sind die Flüchtlinge, die nach der Flüchtlingskrise 2016 in der EU blieben. Der Wanderungssaldo auf regionaler Ebene berücksichtigt auch die Wanderung zwischen Regionen der EU oder innerhalb der Mitgliedstaaten. Anders als die natürliche Bevölkerungsver-

änderung ist der Wanderungssaldo in allen drei Arten von Regionen positiv. Am höchsten ist er in städtischen Gebieten, wo der durchschnittliche Wanderungssaldo bei 3,4 je 1000 Einwohnern lag. Im Vergleich dazu verzeichneten intermediäre Regionen und ländliche Regionen Wanderungssalden von 2,3 bzw. 0,6. Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass in zwei von fünf Regionen mehr Menschen abwanderten als zuwanderten. ■



Zuwachs im Zeitraum 01.01.2014 bis 01.01.2019
 Quelle: GD REGIO auf Basis von Eurostat-Daten (demo_r_gind3)



PROJEKTE

BEGRÜNUNG STÄDTISCHER GEBIETE IN MITTELEUROPA

**GESAMTINVESTITION
2 391 300 EUR**

**BEITRAG DER EU
2 005 050 EUR**

Das Projekt „Urban Green Belts“ hat neue Methoden für die gemeinsame städtische Grünflächenbewirtschaftung von Bürgerinnen und Bürgern und lokalen Behörden in sieben europäischen Ländern erarbeitet. Diese EFRE-finanzierte Initiative hat einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Verbesserung der Lebensqualität geleistet.

Parks, Wälder und öffentliche Gärten sind die „grünen Lungen“ städtischer Gebiete. Sie bieten Raum für Erholung an der frischen Luft, erhöhen die Artenvielfalt und die Luftqualität, senken die Lärmbelastung und steigern die Attraktivität von Wohngebieten.

Zur Sicherung dieser Vorteile haben sich zehn Regierungsbehörden und Forschungseinrichtungen aus sieben mitteleuropäischen Ländern zusammengeschlossen, um neue Wege zu erarbeiten. Herausgekommen sind das Projekt „Urban Green Belts“ und ein Smart-Governance-Handbuch, das ab sofort auf der Projektwebsite bereitgestellt wird.

Intelligente Strategie

Drei Jahre lang haben die Partner unter Einsatz intelligenter Technologie und in Kooperation mit Interessenträgern und Behörden drei Strategien für die Grünflächenbewirtschaftung untersucht.

Die erste Strategie befasste sich mit dem Potenzial der Geoinformatik. Dazu wurde ein intelligentes Planungsinstrument entwickelt, das die Raumplaner in der Region anhand von Satellitendaten bei der Entscheidung bezüglich der Nutzung, Pflege, Nachhaltigkeit und Rentabilität grüner Räume unterstützt.

Die zweite Strategie war der Beteiligung von Gemeinschaften gewidmet. Das Projekt Urban Green Belts erstellte eine Über-

sicht über Techniken, die Einwohner dazu anregen, Ideen und Bewirtschaftungspläne hervorzubringen und ein Bewusstsein für die Unterstützung der grünen Ressourcen um sie herum zu entwickeln.

Die dritte Strategie schließlich, die kooperationsbasierte Bewirtschaftung, befasste sich mit der Frage, wie Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Interessenträgern und den Abteilungen lokaler Behörden beim Thema Grünflächen aussehen könnte. In diesem Rahmen entstand auch ein Handbuch für lokale Behörden.

Nachhaltige Wirkung

Die Projektpartner erprobten ihre Strategien in acht lokalen Pilotmaßnahmen, die gemeinsam mit den Behörden vor Ort entwickelt worden waren. Die daraus hervorgegangenen Ergebnisse haben sich in regionalen Plänen für das Grünflächenmanagement und zahlreichen über das Projekt hinausgehenden Initiativen niedergeschlagen.

So soll etwa ein Programm zur von Einwohnerinnen und Einwohnern übernommenen Pflege von 26 Grünflächen im ungarischen Budapest innerstädtisch ausgeweitet werden. Und ein im slowenischen Maribor von Interessenträgern erarbeiteter Entwurf für die Neugestaltung einer städtischen Grünfläche wird derzeit in einen lokalen Revitalisierungsplan integriert.

Unter den am Projekt beteiligten Regionen kam es außerdem zu einem regen Austausch von Ideen und Instrumenten. So prüft etwa das polnische Krakau die Entwicklung eines eigenen Bürgerbegleitprogramms. Und im kroatischen Zadar wird eine im italienischen Padua entwickelte App zur Datenerfassung für die Erweiterung ihrer Landaufzeichnungen verwendet. ■

MEHR DAZU

<https://www.interreg-central.eu/Content.Node/UGB.html>

PROJEKTE

TRAGBARES MEDIZINISCHES GERÄT VEREINFACHT DIE PATIENTENVERSORGUNG

GESAMTINVESTITION
4 617 460 EUR

BEITRAG DER EU
2 308 730 EUR

Forschende in Belgien und den Niederlanden haben ein tragbares Gerät zur Echtzeitüberwachung der Vitalparameter von Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern entwickelt. Das im Rahmen des grenzüberschreitenden EFRE-finanzierten Projekts „wearIT4health“ entwickelte Überwachungsgerät macht Krankenhausaufenthalte komfortabler und erleichtert Pflegepersonal, Ärztinnen und Ärzten die Konzentration auf die Patientenversorgung.

Das kleine kabellose Gerät verbessert die Überwachung und Nachsorge für Krankenhauspatienten, die nicht konstant notfall- oder intensivmedizinisch betreut werden.

Stationäre Patientinnen und Patienten sind häufig an eine Vielzahl unterschiedlicher Maschinen angeschlossen, die jeweils verschiedenen Vitalparameter überwachen. Das wearIT4health-Überwachungsgerät misst fünf Parameter gleichzeitig: Herzfrequenz, Sauerstoffsättigung, Atemfrequenz, Blutdruck und Temperatur. Die Daten werden direkt an die elektronischen Patientenakten gesendet.

Das Gerät ist tragbar und kabellos und ist deshalb komfortabler und praktischer als die traditionelle Überwachung. So kann das Krankenhauspersonal Erkrankte verlegen, ohne Kabel zu entfernen und wieder anzuschließen. Und die Betroffenen können sich freier im Krankenhaus bewegen und sind dabei immer sicher überwacht.

Arbeiterleichterung für das Personal

Praktisch ist das Gerät auch für die Dokumentation. Das Gerät erleichtert die Erfassung, Eingabe und Analyse von Patientendaten.

So muss das Pflegepersonal nicht länger mehrmals täglich Daten von vielen verschiedenen Maschinen erfassen. Dadurch bleibt mehr Zeit für pflegebezogene und medizinische Aufga-

ben. Die Ärzteschaft kann die Messdaten schnell in den zentralen Patientenakten überprüfen, Kommentare hinzufügen oder die Akten bearbeiten, um nur die wichtigsten Daten zu speichern.

Verarbeitungsfunktionen organisieren die große Datenmenge und unterstützen das medizinische Personal somit dabei, die besten Entscheidungen für ihre Patientinnen und Patienten zu treffen. Das Gerät errechnet aus den Daten zudem einen Frühwarnwert (EWS), um Angehörige der Gesundheitsberufe bei drohender Gefahr zu warnen. Derzeit wird an einem fortgeschritteneren Frühwarnsystem gearbeitet, das auch vor konkreteren Risiken für schwere Gesundheitsereignisse wie etwa Herzinfarkte warnen kann.

Kommerzielle Zusammenarbeit

Das wearIT4health-Gerät ist kompatibel mit der IT-Infrastruktur der verschiedenen Krankenhäuser der Euregio Maas-Rhein, die Teile Belgiens, der Niederlande und Deutschlands umfasst.

Krankenhäuser und Technologieunternehmen aus der Region entwickelten das System, das dann von Ärzteschaft und Pflegepersonal auf seine Praxistauglichkeit getestet wurde. Beraten wurde das Projektteam von Sachverständigen aus den Bereichen Medizin, Wirtschaft und Recht.

Nach Labortests, mit denen sichergestellt wurde, dass das Gerät sicher ist und die medizinischen Standards erfüllt, wurde es an rund 60 Patientinnen und Patienten in verschiedenen Krankenhäusern der Euregio Maas-Rhein erprobt.

Sobald die Partner von wearIT4health von der Reife des Prototyps überzeugt sind, werden sie die Technologie einem Unternehmen übergeben, das sich um die letzten Entwicklungsschritte hin zur kommerziellen Produktion kümmert. KMU und Agenturen für den Technologietransfer aus der grenzüberschreitenden Region unterstützen die reibungslose Einführung auf dem Markt und die Patientenversorgung. ■

MEHR DAZU

<http://www.wearit4health.com/>



PROJEKTE

SCHRITT HIN ZU MEHR GLEICHBERECHTIGUNG IN IRLAND UND NORDIRLAND

**GESAMTINVESTITION
1 453 220 EUR**

**BEITRAG DER EU
1 235 240 EUR**

Frauen auf beiden Seiten der irischen Grenze übernehmen dank eines EU-finanzierten Projekts zur Friedenskonsolidierung heute Führungsrollen in ihren Gemeinschaften.

Jahrelang haben Nordirland und die Grenzregionen der Republik Irland unter einem historischen Konflikt gelitten. Das Projekt „Next Chapter“ hatte sich zum Ziel gesetzt, durch Förderung von Frauen auf beiden Seiten der Grenze Geschlechterungleichheiten aufzulösen und einen Beitrag zu den Bemühungen um Frieden und Versöhnung beizutragen.

Das Projekt richtete zehn Begegnungszentren ein, in denen Frauen aus den Regionen regelmäßig zusammenkommen konnten. Der überwiegende Teil der Zentren entstand in Nordirland, aber auch in irischen Städte in Grenznähe, darunter Letterkenny und Cavan.

Insgesamt beteiligten sich jeden Monat etwa 310 Frauen unterschiedlicher Herkunft und Altersgruppen. Organisiert wurden auch Netzwerktreffen, damit die verschiedenen Ortsgruppen einander treffen und von Gastvortragenden lernen konnten.

Jedes Zentrum erarbeitete ein Gemeinschaftsprojekt zugunsten von Gleichberechtigung, Frieden und Versöhnung. In Louth, Irland, führten die teilnehmenden Frauen eine Bedarfsanalyse unter den Frauen vor Ort durch und veröffentlichten einen Bericht zu den von ihnen wahrgenommenen Barrieren. In Newtownabbey entstanden im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts Wandgemälde, welche der Anwohnerschaft als Inspiration in Bezug auf ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dienen sollen.

Die Zentren wurden von den Frauen selbst betrieben, die aus ihrer Mitte jeweils eine Vorsitzende, eine Sekretärin und eine Schatzmeisterin wählten. Um die Fortführung ihrer Arbeit sicherzustellen, warben die Teams neue Mitglieder an und schulten sie.

Inspirierendes Engagement

Jedes Zentrum erhielt Fortbildungsmaßnahmen, um die Frauen beim Eintritt in die öffentliche Verwaltung und die Politik zu unterstützen. Geschult wurden Kompetenzen im Bereich öffentliches Reden, Führung, Karriereentwicklung, Konfliktmanagement und kulturelle Vielfalt. Die Teilnehmerinnen lernten auch etwas über den Gesetzgebungsprozess in den beiden Ländern.

Die Frauen konnten zudem Einzelberatungen in Anspruch nehmen. Durchgeführt wurden über 670 Beratungssitzungen für 167 Frauen.

Darüber hinaus unterstützte das Projekt Frauen beim Eintritt in die Politik und ermöglichte Treffen mit Politikern in der Republik Irland und in Nordirland. Über 80 Frauen nahmen an geführten Besuchen im Dáil Éireann (dem Unterhaus des Parlaments der Republik Irland) und in der Nordirland-Versammlung in Stormont teil.

Neun Teilnehmerinnen sind inzwischen in der Politik aktiv, 14 weitere bekleiden Vorstandsämter in Schulen und Nichtregierungsorganisationen. Darüber hinaus sind dank der Bemühungen der Zentren Verbesserungen in den Bereichen sozialer Zusammenhalt und Inklusivität zu verzeichnen. ■

MEHR DAZU

<https://www.thenextchapter.eu/>

TERMINE

5.-22. OKTOBER

Brüssel (BE)

18. Europäische Woche der Regionen und Städte

12.-13. OKTOBER

Brüssel (BE)

Forum 2020 für Gebiete in äußerster Randlage „Zusammen für eine nachhaltige Zukunft“

RECHTLICHER HINWEIS

Weder die Europäische Kommission noch eine im Namen der Europäischen Kommission handelnde Person übernehmen Haftung für die Verwendung der nachfolgenden Informationen.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2020

Druck: ISSN 1608-3881 KN-LR-20-002-DE-C
PDF: ISSN 1725-8294 KN-LR-20-002-DE-N

© Europäische Union, 2020

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendungspolitik der Dokumente der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABL L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos oder sonstigen Materialien, die nicht dem Urheberrecht der Europäischen Union unterliegen, muss eine Genehmigung direkt bei den Inhabern des Urheberrechts eingeholt werden.

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in bulgarischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, polnischer, rumänischer und spanischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im Juli 2020 abgeschlossen.

Printed by Bietlot in Belgium

FOTOS (SEITEN):

Titelbild: © Region Emilia-Romagna

Seite 3: © Europäische Union

Seite 6: © iStock/sturti

Seite 7: links © Województwo Łódź; rechts © iStock/triloks

Seite 8: oben © iStock/mediamasmedia; unten © iStock/AndreyPopov

Seite 9: © iStock/Pgallery

Seite 10: © iStock/PatrikSlezak

Seite 11: © Science for Environment Foundation

Seite 13: © Nova Gorica/Sempeter-Vrtojba

Seite 19: © iStock/kjekol

Seite 20: © iStock/FabioFilzi

Seite 21: © iStock/gilaxia

Seite 22: oben © iStock/sanddebeauthel;

Seite 23: © iStock/JoannatKaczk

Seite 23: © iStock/scyther5

Seite 24: © Europäische Union/Nuno Rodrigues

Seite 25: © Europäische Union

Seite 26: © iStock/emmedici

Seite 27: © iStock/gerenme

Seite 30: © Region Emilia-Romagna

Seiten 32, 33, 34, 35: © Region Emilia-Romagna

Seite 36: 01 © María Vázquez Ruiz de Ocenda; 02 © VVT

(Transport Association of Tyrol Ltd.); 03 © Croatia Medfest;

04 © Emilio Norali; 05 © Carlos López Gálvez;

06 © Gorreana Tea Factory; 07 © Jan Rusek

Seite 37: 08 © TecnOlivo project; 09 © Erasmus+ Glean;

10 © Stadt Sobral de Monte Agraço;

11 © Olga Smirnova; 12 © Medtech 4Europe

Seite 39: © Eurocities

Seite 40: © Europäische Union

Seite 44: © iStock/RomanBabakin

Seite 45: © iStock/D-Keine

Seite 46: © iStock/izusek

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG



ec.europa.eu/regional_policy
cohesiondata.ec.europa.eu



@EUinmyRegion



EUinmyRegion



[flickr.com/euregional](https://www.flickr.com/euregional)



EUinmyRegion



[euinmyregion](https://www.instagram.com/euinmyregion)



ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/ferreira_de
[@ElisaFerreiraEC](https://twitter.com/ElisaFerreiraEC)



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

Europäische Kommission
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Agnès Monfret
Avenue de Beaulieu/Beaulieulaan 1 – B-1160 Bruxelles/Brüssel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu